

Posener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sontage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Amtliches.

Berlin, 2. Mai. Se. R. O. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allernächst geruht: Dem Königlichen Küchenmeister Piechowski zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife, dem Ober-Steuer-Inspector, Steuer-Rath Fromm zu Bromberg, den Rothen Adler-Orden vierter Classe, und dem Kreisgerichts-Voten a. D. Johann Wilhelm Schlichte zu Königsberg in Pr. das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Appellationsgerichts-Rath Euler zu Ratibor an das Appellationsgericht zu Glogau zu versetzen; und den Kreisgerichts-Rath Plate zu Ratibor zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Appellationsgericht zu Ratibor zu ernennen; dem Steuer-Einnehmer Gutsch zu Küstrin den Charakter als Rechnungs-Rath; und dem Handelsgerichts-Sekretär Peter Joseph Eindlau in Köln den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen; ferner dem Prinzipal von Carolathen Kammerdiener August Preuß zu Saarburg im Kreis Grünberg, so wie dem Prinzipal von Carolathen Leibjäger Ferdinand von Wolff ebendieselbst, die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen, dem Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Haus-Orden affilirten Verdienst-Medaille zu erhalten.

Der Wundarzt erster Classe Dr. Schmidt ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Ohlau, mit Anweisung des Wohnorts in Wanzen, ernannt; und am Gymnasium zu Dortmund die Amtstellung des Schulamts-Kandidaten Jenner als Ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist gestern von Dresden angelommen.

Nr. 104 des St. Anz.'s enthält Seitens des I. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten einen Circular-Erlaß vom 22. Februar 1860, daß die Zulassung der Flusschiffbauer zum selbständigen Gewerbebetrieb von dem Nachweise der gewerblichen Befähigung nicht abhängig zu machen sei; ferner Seitens des I. Justiz-Ministeriums eine allgemeine Verfügung vom 2. April 1860, betr. die Befugniß der Kreisgerichte, Sequestrationen und Substationen von Grundstücken, über welche die in ihrem Bezirk befindlichen Gerichts-Kommissionen das Hypothekenbuch führen, vor sich zu ziehen.

Das 13. Stück der Gesetzesammlung, welches heute ausgegeben wird, enthalt unter Nr. 5211 das Gesetz, betr. das ehemalige Güterrecht in der Provinz Westfalen und den Kreisen Rees, Essem und Duisburg. Vom 16. April 1860; unter Nr. 5212 das Gesetz, betr. die Gewährung der Zinsgarantie des Staates für eine Prioritäts-Anleihe der Rhein-Nahe-Eisenbahn-Gesellschaft zum Betrage von sechs Millionen Thaler. Vom 16. April 1860; unter Nr. 5213 die Beifügung-Urkunde, betr. die residirten Statut en de Stettiner gemeinnützigen Bau-Gesellschaft. Vom 12. März 1860; unter Nr. 5214 die Verordnung wegen Bestellung eines inländischen Gerichtsstandes für die in den Nachbarstaaten stationirten Beamten der preußischen Auslandsbürgerschaft, betr. die Seitens der Männer 1860; und unter Nr. 5215 die Bekanntmachung, betr. die Seitens der beiden Häuser des Landtages der Monarchie ertheilte nachträgliche Genehmigung der provisorisch erlassenen Verordnung vom 28. Mai 1859 wegen Überweitung der Gemäßigkeit des Gesetzes vom 21. Mai 1859 auf zunehmenden Staatsanleihen an die Hauptverwaltung der Staatschulden. Vom 12. April 1860.

Debitskonto der Gesetzesammlung.

Bei der heute fortgesetztenziehung der 4. Classe 121. Königl. Klassen-Lotterie fielen 3 Gewinne zu 2000 Thlr. auf Nr. 14,119, 76,261 und 77,755. 37 Gewinne zu 1000 Thlrn. auf Nr. 938, 4159, 8632, 13,606, 16,934, 17,262, 22,788, 23,819, 24,123, 27,042, 29,435, 31,257, 31,310, 33,945, 34,072, 36,071, 40,238, 42,123, 42,937, 45,839, 46,300, 47,335, 50,587, 51,229, 54,692, 67,316, 72,031, 73,010, 78,766, 79,066, 82,085, 86,928, 90,238, 91,168, 91,681, 94,700 und 94,787. 46 Gewinne zu 500 Thlrn. auf Nr. 1172, 6055, 19,194, 20,832, 24,459, 25,726, 26,060, 29,188, 31,124, 31,585, 36,441, 37,300, 40,123, 40,382, 42,727, 44,278, 44,642, 46,476, 47,287, 50,162, 52,823, 53,603, 53,969, 54,289, 54,399, 57,751, 60,452, 62,039, 65,371, 65,954, 66,261, 67,990, 68,072, 69,553, 70,872, 74,101, 74,747, 45,287, 76,148, 76,435, 77,822, 83,852, 85,502, 85,572, 86,668 und 86,692. 80 Gewinne zu 200 Thlrn. auf Nr. 1094, 1185, 2064, 2181, 2711, 4129, 4147, 4151, 4695, 6248, 8534, 9542, 15,365, 17,023, 17,543, 17,725, 18,569, 18,754, 21,170, 23,611, 24,105, 24,871, 26,072, 26,578, 27,915, 29,602, 30,861, 33,718, 34,145, 35,193, 36,972, 38,203, 38,266, 41,994, 42,252, 43,117, 43,203, 44,446, 44,553, 44,706, 46,032, 47,111, 48,495, 49,211, 51,416, 52,901, 53,038, 54,898, 55,110, 55,228, 56,524, 57,995, 59,056, 60,366, 60,910, 63,775, 64,530, 66,682, 67,299, 69,709, 70,754, 74,550, 74,605, 74,684, 74,888, 75,093, 76,234, 77,221, 77,844, 80,354, 80,391, 82,029, 82,571, 82,928, 83,183, 85,314, 85,331, 90,062, 91,381, und 93,359.

Berlin, den 1. Mai 1860.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Mittwoch 2. Mai, Morgens. Die heutige "Wiener Zeitung" theilt mit, der Kaiser habe durch Befehls-Schreiben vom 26. v. M. angeordnet, daß die geistlichen An-gelegenheiten des evangelischen Militärs durch Garnisons-Feldprediger Augsburger und Helvetischer Konfession besorgt werden sollen. In den Stationen Wien, Verona, Osen, Lemberg, Prag und Hermannstadt sind ein Augsburger und ein helvetischer Garnisons-Feldprediger anzustellen, welche von Zeit zu Zeit Bezirksbereisungen vorzunehmen haben. Während eines Krieges sind für den geistlichen Spitaldienst jeder operirenden Armee zwei evangelische Feldprediger beizugeben.

London, Mittwoch 2. Mai, Morgens. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiederte Lord J. Russell auf eine dessfallsige Anfrage Fitzgerald's, daß über die Konferenz Betreffs Sabahens noch nichts entschieden, daß dieselbe aber auch nicht vertagt sei. Russell bemerkte ferner, die Regierung stehe noch mit Hannover wegen Abschaffung des Stader Zolles in Unterhandlung. — Napier schlug eine Abrede an die Königin vor, daß, da die Marine-Reserve noch nicht zu der von den Kommissarien empfohlenen Stärke erhöht sei, die Küstenwache um 12,000 Mann vermehrt werden möge. Die Prämie für den Eintritt in den Dienst solle aufrecht erhalten werden. Elphinstone unterstützte die Mo-

tion Napier's. Lord Paget Clarence billigte die in dieser Form vorgelegte Frage nicht, weil sie zu Missverständnissen führen könnte, und forderte die Verwerfung der Motion. Die Küstenwachen würden bald vermehrt, andere Verbesserungen bald gemacht sein. Pakington hielt die Erklärungen Paget's für genügend, worauf Napier seinen Vorschlag zurückzog.

Im Oberhause fragt Lord Lyndhurst, in welchem Stande sich gegenwärtig die Marine befindet und wie in Zukunft die Schiffssreserve forschreiten werde. Die französische Marine sei stärker als die englische. Der Herzog v. Salm er setzte erklärte, daß der Stand der Marine ein ausreichender sei. Dieser Zwischenfall hatte keine weiteren Folgen.

Paris, Mittwoch 2. Mai, Vormittags. Der heutige "Moniteur" veröffentlicht die erste Note an die Mächte in Bezug auf die Neutralisierung Sabahens. Frankreich ergänzt, heißt es darin, die Ausführung des Artikel 92 der Wiener Verträge. Mehr könne man nicht fordern.

Morgen wird der "Moniteur" eine zweite Note über die Neutralisierung veröffentlichen.

Paris, Mittwoch 2. Mai, Abends. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Madrid hat die Königin für alle bei dem letzten Aufstande kompromittierten eine Amnestie bewilligt. Wie man versichert, werden die Infanten, indem sie den Eid der Treue leisten, ihren Rang wieder einnehmen.

Bologna, Mittwoch 2. Mai. Der König Victor Emanuel ist hier eingetroffen und in der Kathedrale von einer zahlreichen Geistlichkeit empfangen worden.

(Eingegangen 3. Mai 8 Uhr Vorm.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 2. Mai. [Vom Hofe; Korsofahrt; Naunyn †.] Gestern befand sich der Prinz-Regent mit den übrigen königlichen Prinzen in Potsdam und nahm daselbst dem 1. Garderegiment zu Fuß auf dem Bornstedter Felde die Parade ab. Nach einem Besuch bei der Königin lehrte der Prinz-Regent mit seiner hohen Begleitung um 3 Uhr Nachmittags nach Berlin zurück, nahm in seinem Palais den Vortrag des Geheimenrats Blaile entgegen und arbeitete darauf noch mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz, welche aus dem Herrenhause gekommen waren. — Nach Aufhebung der Tafel fuhren der Prinz-Regent, die Frau Prinzessin von Preußen, der Prinz und die Prinzessin Friedrich Wilhelm und die übrigen Mitglieder der königlichen Familie nach dem Tiergarten und nahmen Theil an der ersten Korsofahrt. Die Kutscher, Kaisers und Pferde der hohen Herrschaften waren stattlich geschmückt; namentlich hatten die Kutscher und Vorreiter, die aber bei der Korsofahrt den Wagen folgten, schöne Bouquets auf der Brust. Die Theilnahme an dem Korso war, weil ihn das Wetter begünstigte, eine sehr bedeutende; ich sah die Equipagen einiger Mitglieder des Herrenhauses, namentlich von fürstlichen Personen; ferner waren die Gesandten und die Minister und die hochgestellten Beamten anwesend. Den meisten Lurus trugen aber hiesige Handlungshäuser zur Schau; Pferde und Wagen waren höchst elegant. Der Ton, der während der Korsofahrt herrschte, war sehr gemüthlich. Bouquets und Konfetti flogen von einem Wagen in den andern, auch darüber hinweg und wurden von Zuschauern, namentlich von den "Berliner Kindern", jubelnd aufgefangen. Wer sich damit verschossen hatte, der konnte sich Bouquets und Konfetti in Buden kaufen, die an verschiedenen Stellen aufgeschlagen waren. Die Musik wurde von den Musikkören der hiesigen Kavallerie-Regimenter ausgeführt. Der Korso, welcher um 5 Uhr begonnen hatte, war bereits um 7 Uhr zu Ende. Um diese Zeit fing es aber auch schon an küh zu werden, und mehrere Damen erschienen bereits in recht sommerlicher Toilette. Die zweite Korsofahrt ist am nächsten Dienstag und wird uns durch eine Fahne angezeigt, die unter den Linden bei Kranzler ausgestellt ist. Die Korsofahrten werden von den Rittmeistern Graf Lehndorff und v. Prillwitz, dem Wagenfabrikanten Neuß, dem Kaufmann Gerson ic. geleitet, welche hier einen Fahrverein gebildet haben. Man sieht dieses Amusement hier gern, weil dadurch doch einiges Geld unter die Leute kommt. Heute Vormittag war der Hof im Dom; nur die Prinzessin von Preußen und der Prinz Albrecht (Sohn) wohnten dem Gottesdienst in der Matthäikirche bei, die immer von Personen aus den höchsten Ständen besucht ist. Der Prinz-Regent hatte sich vorher von dem General v. Mantzeloff Vortrag halten lassen und Mittags konferierte er mit den Ministern v. Auerswald, v. Patow und v. Schleinitz. — Der Prinz Friedrich Karl, der gestern Vormittag aus Stettin hier eingetroffen war und im Schlosse Glienicke der Familientafel beigewohnt hatte, ist heute Abend wieder nach Stettin zurückgekehrt. Vormittags war derselbe mit seiner Gemahlin in der Friedenskirche, wo auch die Königin dem Gottesdienste beiwohnte. — Unser zweiter Bürgermeister, der Geh. Regierungsrath Naunyn, ist am Montag Nachmittag seinen langen Leiden erlegen und wird am Freitag Vormittag 10 Uhr begraben. Naunyn stand seit dem Jahre 1844 in diesem Amte und ist stets darauf bedacht gewesen, daß seine gerecht und gewissenhaft zu verwalten. Als seinen Nachfolger hört man schon jetzt den Stadtrath und Abgeordneten Duncker bezeichnen; doch werden bald genug auch noch andere Kandidaten

zu Sprache kommen. Naunyns Leichenbegängnis wird sehr großartig werden; die städtischen Behörden haben dazu ein besonderes Programm aufgestellt. Auch die hiesigen Logen werden sich dabei beteiligen, da der Verstorben ein alter Maurer war und den höheren Graden angehörte. Der Orden hat in kurzer Zeit durch Todesfälle namhafte Verluste erlitten und in gleicher Weise stehen ihm neue bevor. Merkwürdig ist, daß viele Personen, die jetzt gestorben sind, fortwährendes Erbrechen gehabt haben. So auch Naunyn.

[Ministerialerlaß über die Verpflichtung zu Schulbeiträgen.] Der "Staatsanzeiger" bringt nachstehenden Erlaß vom 25. Januar 1860, die Bildung neuer Schulgemeinden und die Beiträge zum Bau und zur Unterhaltung der Schulen derelben betreffend: "Die königl. Regierung erkennt es in dem Bericht vom 23. Dezbr. v. T. als eine Härte an, daß Hausväter zu Beiträgen an Bau- und Reparaturkosten von zwei Schulen, nämlich derjenigen, zu welcher sie bisher gehörten, und derjenigen, zu welcher sie nach Vollendung eines beschlossenen Schulbaues zugewiesen werden sollen, angehalten werden. Der Bau einer neuen Schule legt das Vorhandensein einer neuen Schulgemeinschaft, mit ihr die Ausschulung derjenigen Gemeindehälften, welche bisher zu einer andern Schule gehört haben, voraus. Diese Ausschulung ist daher auch auszusprechen, ehe mit dem Bau der neuen Schule begonnen wird. Mit derselben hört auch die Verpflichtung auf, zum Bau und zur Unterhaltung derjenigen Schule noch ferner beizutragen, zu welcher die Mitglieder der neuen Schule bisher gehörten. Die Kinder derelben sind aber bis zur Vollendung des neuen Schulbaues in der bisherigen Schule gäufig zu belassen. Hier nach können die katholischen Mitglieder der Schule zu R. welche in N. wohnen und bisher zu der evangelischen Schule dasselbe gehört haben, nicht angehalten werden, außer den Beiträgen für die Schule zu R. auch noch Beiträge zu Schulbauten in N. zu leisten. Die königl. Regierung hat hierauf die Beschwerde der katholischen Einwohner zu N. vom 2. Dezember v. T. zu erledigen. Berlin, den 25. Januar 1860. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- u. Angelegenheiten. Im Auftrage: Lehrt. An die I. Regierung zu N."

Breslau, 1. Mai. [Gedenktag.] Am 29. Febr. d. S. feierten mehrere Lehrer den hunderjährigen Geburtstag des um das preußische Volksschulwesen hochverdienten Pädagogen Gustav Friedrich Dinter. In gewissen Kreisen scheint diese Feier übel vermerkt worden zu sein, denn nachdem schon früher der Versuch gemacht worden, die Namen derjenigen zu erfahren, welche Theil an diesem Feste genommen, ist in diesen Tagen Seitens der Regierung ein hiesiger Gymnasialdirektor veranlaßt worden, einen unter ihm wirkenden Lehrer, welcher Mitglied des Festkomites war, nach den Namen der Theilnehmer zu fragen. Wir wissen nicht, ob der Direktor diesem Auftrage, welcher nicht ganz in seinem Amtsgebiet zu gehörigen scheint, nachgekommen, oder ob der betreffende Lehrer die Anfrage genügend beantwortet; jedenfalls aber ist diese Thatache, welche wir verbürgen, für die Lage unserer Elementarlehrer außerordentlich bezeichnend.

[Wasserstand.] Von gestern bis heute ist wiederum das Niveau unseres Oderstroms um ein Bedeutendes höher geworden. Die Flutwellen schießen mit reißender Schnelle dahin, und die auf ihrer Oberfläche schwimmenden Schaumblasen deuten darauf hin, daß wir noch ein weiteres Steigen zu erwarten haben. Die röhlich gelbe Farbe des Wassers zeigt uns, daß die durch anhaltenden Regen stark angewollene Reiße ansehnliche Zuflüsse dem Hauptstrom zugeführt hat. (Br. 3.)

Königsberg, 1. Mai. [Stand der Saaten.] Das Wetter ist den jungen Saaten fortwährend sehr günstig, und über den Stand derselben hört man denn auch nur erfreuliche Berichte. Mit der Bestellung der Frühjahrsaat schreitet man ebenfalls ruhig und unter den günstigsten Verhältnissen vor. — Die Vegetation ist hier im Gegensatz zu den westlichen Gegenden, wo man über das Zurückbleiben derselben klagt, sehr weit vorgeschritten und die Roggensäaten stehen zum größeren Theile sehr üppig.

Münster, 30. April. [Eisenbahnunfall.] Am 27. d. ereignete sich zwischen Greven und Emsdecken ein beladenes werther Eisenbahn-Unfall. Bei einem aus fünf Wagen bestehenden Viehtransportzuge brach an einem der Wagen, einem hannoverschen, die Achse, in Folge dessen der Zug entgleiste und die Wagen sich über einander schoben. Ein Bremser ward zerquetscht, er starb nach einer halben Stunde, und acht Kühe wurden theils auf Stelle getötet, theils lebengefährlich verlegt, so daß sie abgeschlachtet werden mußten.

Stettin, 1. Mai. [Gesandtschaften nach Stockholm.] Das königlich schwedische Postdampfschiff "Nordstern" ging vorgestern Mittag zum ersten Mal in diesem Jahre nach Stockholm ab. Es hatte 40 Passagiere und volle Ladung. An Bord befanden sich die preußischen und österreichischen außerordentlichen Gesandtschaften, welche bei der bevorstehenden Krönung des Königs von Schweden ihre Höfe vertreten werden. Der preußische Gesandte ist der General Graf Lindheim, in dessen Begleitung sich der Oberst v. Boyen, Major v. Berger, Major v. Dannenberg und Lieutenant v. Lindheim befinden. Die österreichische Gesandtschaft wird vom Grafen Mensdorff-Pouilly geführt, welchen der Oberstleutnant zur Helle, Major Graf Bajacswich und Rittmeister Fürst Thurn und Taxis begleiten. Außerdem befindet sich noch die Gräfin Paar, Gemahlin des österreichischen Gesandten in Stockholm, an Bord. (Ostl. 3.)

[Rückkehrende Auswanderer.] Am 27. v. Mts. lehrten mehrere Familien, die nach Brasilien auswandern wollten, nach ihrer Heimat in Hinterpommern zurück. Die Unglücklichen waren nach Hamburg gegangen, ohne einen Pfennig zur Überfahrt nach Amerika zu besitzen. Es ist geradezu zum Entzügen, aus dem eigenen Munde dieser Leute die stumpfe Unwissenheit zu vernehmen, die sie in gänzlicher Täuschung über die Verhältnisse in Brasilien dem Glend, dem Fieber und einem ziemlich gewissen Tod entgegentreibt. Es wäre höchste Zeit, daß die Regierung, Pfarrer und Lehrer, und wer sonst Einfluß hat, die geeigneten Schritte thäten, um die irreführten armen Leute aufzulärfen und so einem

Handel ein Ziel zu sehen, der von fremden Agenten mit deutschem Mark und deutschen Seelen getrieben wird. (R. St. 3.)

— [Beschlagnahm.] Zwei vom freigemeindlichen Prediger Dr. Wagner am 18. und 25. März öffentlich gehaltene und nun im Druck erschienene Vorträge religiös-polemischen Inhalts, über „die verheizene Wunderkraft des Glaubens“ und über „den zweifelhaften Charakter der drei ersten Apostel“, sind auf Verfugung der hiesigen Polizeidirektion mit Beschlag belegt worden.

Oestreich. Wien, 1. Mai. [Frhr. v. Bruck; die Reaktion.] Der Justizminister Graf Raday hat sich alle auf die Bruck'sche Angelegenheit bezüglichen Akten selbst vorlegen und von dem Untersuchungsrichter Dr. Hisinger darüber einen ausführlichen Vortrag halten lassen und dann sein Urtheil dahin abgegeben, es liege gegen Herrn v. Bruck nicht die geringste gravirende Thatsache vor, er habe vielmehr aus der ganzen Sache die Überzeugung geschöpft, daß der Verstorbene an jenen Gesetzesübertretungen persönlich gar nicht betheiligt sei. Dieses Urtheil des Justizministers soll Graf Reichberg den Mitgliedern des diplomatischen Corps mitgetheilt haben. Auch die genaue amtliche Durchsicht der hinterlassenen Papiere des Finanzministers hat nicht den kleinsten Anlaß zu einer Beschuldigung dargeboten. Es fand sich Alles in der besten Ordnung. Ueber sein Privatvermögen hat er mit laufmännischer Genauigkeit ganz spezielle Bücher geführt, in denen jede seiner Privatoperationen verzeichnet ist. Es ergiebt sich daraus, daß sein ganzer Besitz sich auf nicht einmal volle 600.000 Gulden beläuft. Somit zerfallen also die Gerüchte über beträchtliche Millionen &c. von selbst. Je mehr sich die Nebel, in welche das traurige Ereigniß gehüllt ist, auflären, desto deutlicher erkennt man, daß Herr v. Bruck nur durch die Machinationen der unablässig gegen ihn thätigen Reaktionspartei bei Hofe gestürzt und zu dem verzweifelten Entschluß getrieben wurde. Dieselbe benutzte die Vernehmung Brucks in dem Unterschleißprozesse, um seine Entlassung in empfindlich ungärdiger Form herbeizuführen (das betreffende kaiserliche Handschreiben wird in dem amtlichen Bericht der „Wien-Zeitung“ mitgetheilt). In dem Bewußtsein seiner Verdienste und seines Werthes konnte er den Gedanken nicht ertragen, auf solche Weise seinen langjährigen Gegnern unterlegen und so kurzweg verabschiedet zu sein; sein gewiß berechtigter Stolz und die Hestigkeit seines Temperamentes, die zuweilen in ganz außerordentlichen, bis zur Selbstvergessenheit gehenden Aufwallungen durchbrach, machen es allein erklärlich, wie ein solcher Mann, als er die Frucht vielfältiger Thätigkeit vernichtet glaubte, in einem unseligen Augenblick seine sonstige Besonnenheit verlieren und Hand an sich selbst legen könne. — Schon werden einzelne Anzeichen sichtbar, daß die Reaktionspartei ihren Sieg zu benügen gedenkt. Es heißt, Dr. v. Bach, der frühere Minister des Innern, sei von seinem Gesandtschaftsposen in Rom abberufen und solle zum Vize-Präsidenten des Reichsrathes ernannt werden; man glaubt, dies sei für ihn nur eine Stufe zum Ministerpräsidenten, denn das Gerücht erhält sich, daß Graf Reichberg und der Polizeiminister v. Thierry am Vorabende ihrer Entlassung stehen. Man fürchtet, daß Oestreich, welches kaum die Bahn des Fortschrittes und der freieren Entwicklung im Innern betreten hat, wieder trübe, schwere Zeiten bevorstehen. Die Stimmung ist äußerst gedrückt. Daraus erläutert sich auch, daß wieder allerlei Höbosposten die Stadt durchlaufen, die hoffentlich nicht begründet sind. (Pr. 3.)

— **Ungarische Demonstration.** Der „Pester Lloyd“ berichtet: „Die bekanntlich auf den 11. Juni anberaumte feierliche Enthüllung der Kissaludy-Statue zu Füred am Plattensee soll mit einem zweiten Feste verbunden werden, der halbhundertjährigen Feier der letzten adeligen Insurrektion in Ungarn, welche die im Bezirke jenseits der Donau noch lebenden Offiziere dieser Insurrektion an jenem Tage zu begehen beabsichtigen. Einer der verdienstvollsten dieser Veteranen, Herr Karl v. Hertelendi nämlich, arrangiert diese Feier. Im Bezirk jenseits der Donau befinden sich von diesen Offizieren noch folgende am Leben: Fürst Philipp Baththyani, Reiterobrist für das Eisenburger Komitat; Graf Franz Zichy, Reiterobrist für Bézsprim, Graf Karl Zichy, Anton Hunyadi, Bézsprim; Karl Hertelendi, Ignaz Bezeredi, Balaer, Rittmeister; Anton Tallian und Joseph Tallian, Somogyer; Karl Gyömörei und Joseph Gyulai-Gal, Balaer Unterlieutenant zu Pferde; Graf Paul Széchenyi vom Generalstab; Stephan Mlinarics, Hauptmann zu Fuß für Bala; Gabriel Göri, Gabriel Sarlai, Bézsprim Ober- und Unterlieutenants; Ambrosius Hochreiter, Hauptmann für die Somogy.“ „Zu dieser Feier, bemerkte schließlich das „Naplo“, werden außer den eben Genannten auch alle übrigen in anderen Bezirken noch lebenden vormaligen Offiziere der Insurrektion eingeladen. Das bezügliche Programm soll demnächst veröffentlicht werden.“

— [Tagesbericht.] Wie man der „Wiener Ztg.“ in einem Schreiben aus Triest versichert, hat der Kaiser auf Antrag des Erzherzogs Ferdinand Max an Stelle der aufgelösten Marineakademie die Einführung eines neuen Erziehungssystems genehmigt, durch welches die Heranbildung der Marineoffiziere nach mehr maritimen Grundlagen angestrebt wird. Auch soll die Errichtung eines mit diesem Systeme in Verbindung stehenden hydrographischen Institutes imuge sein, in dessen Wirkungskreise die Pflege aller maritimen Wissenschaften in jeder Richtung und die Obhür für den Unterricht der Eleven und Kadetten liegen wird. Da nach diesem neuen Systeme die Erziehung nicht mehr auf dem Lande, sondern auf einem älteren, zu Seezecken minder geeigneten Kriegsschiffe vorgenommen werden soll, und in Koit, Bekleidung und sonstiger Behandlung der Eleven die Schiffssysteme als Norm dienen werden, so steht durch die Verfügung eine nicht unbedeutende Erfahrung in Aussicht. — Die Regierung hat jedoch einer politischen Persönlichkeit von 1848 eine limitierte Aufenthaltsbewilligung erteilt, die allerdings unter bedauerlichen Umständen erfolgt. Der ehemalige Redakteur des „Freimüthigen“, Dr. Mahler, ist in England nahezu erblendet und begab sich nach Berlin, wo er mehrere Monate in Professor v. Gräff's Augenklinik verblieb. Diesem Umstand wird es zugeschrieben, daß die Regierung von ihrer sonstigen Strenge gegen Wiener Oberflüchtlinge abweicht. Dr. Mahler ist zwar nicht amnestiert worden, aber es wurde ihm gestattet, einen sechsmonatigen Aufenthalt in Wien zu nehmen. Daß diese limitierte Aufenthaltsbewilligung nicht soviel weniger eine Garantie für die persönliche Sicherheit des unbegnadeten Flüchtlings ist, steht außer Zweifel. — Das Gerücht, daß auch hier in Wien auf Grundlage des Przemysler Erlasses gegen den Eintritt christlicher Diensthörten in jüdische Häuser gepredigt werden, wird von dem „Volksfreund“ auf das Entschiedenste als unbegründet bezeichnet.

— Baron Thunot, dessen interessantes, vielbewegtes Leben (er war bekanntlich einer der tapfersten Soldaten der französischen Armee und hatte den Rang eines Bataillonschefs bekleidet) bei dem bekannten Betrugssprozeß vor dem hiesigen L. Landesgerichte die allgemeine Aufmerksamkeit und einen nicht geringen Grad öffentlicher Teilnahme auf ihn gelenkt hatte, ist jetzt, ein Jahr nachdem seine Freisprechung wegen Unzulänglichkeit der Beweismittel erfolgt, abermals wegen Betrugs, Bestimmungs- und Gewerbstäuschung, mittelst Zwangspausen von Wien weggewiesen worden. — Ein eben so merkwürdiger als seltener Unglücksfall ereignete sich dieser Tage in Olmütz. Eine Hochzeits-Gesellschaft, darunter der Bräutigam, langten mit den Wiener Zügen in Olmütz an, um nach Steinau, woselbst die Hochzeitsfeierlichkeiten vor sich gehen sollten, auf der Bahn

weiter zu reisen. Während des Aufenthalts im Bahnhofe wurde der Bräutigam plötzlich vom Schlag ergriffen und blieb sofort tot. — Ein amerikanischer Ingenieur, Namens Wheeler, hat in der hiesigen Münze Versuche gemacht, den Bor in Verbindung mit Aluminium zu kristallisieren und es ist ihm gelungen, Bor-Kristalle herzustellen, welche den Diamanten äusserlich sind und auch beinahe ganz dieselben Eigenschaften bezüglich der Härte, Farbe, Unverbrennlichkeit u. s. w. besitzen. — Die Versuche sollen nun in grösserer Masse ausgeführt werden. — Bei der heute stattgehabten Ziehung der Lotterie von 1834 fielen die Haupttreffer von 320.000 Gulden auf Nr. 26.409, von 100.000 Gulden auf Nr. 37.656, von 50.000 Gulden auf Nr. 1678. Weitere Gewinne fielen auf die Nummern 25.594, 46.335, 20.872.

Bavaria. München, 30. April. [Eisenbahneröffnung.] Die erste Probefahrt auf der Eisenbahnstrecke Rosenheim-Traunstein, zu welcher der General-Direktor der königlichen Verkehrs-Anstalten, Frhr. v. Bruck, nebst mehreren höheren Beamten dieses Verwaltungszweiges von hier dahin abgegangen war, ist ohne den mindesten Unfall vor sich gegangen, so daß nun der Öffnung dieser Bahnstrecke für den allgemeinen Verkehr zum 1. Mai nichts mehr entgegensteht. Die Arbeiten an der weiteren Strecke bis Salzburg, mit Inbegriff der steinernen Brücke über die Saalach bei Freilassing, sind ihrerseits so weit vorangeschritten, daß an der Vollendung der ganzen München-Salzburger Bahn bis wahrscheinlich Mitte Juni schon nicht mehr zu zweifeln ist.

Hamburg. 30. April. [Misstrauensvotum gegen den Senat.] Dem von Dr. Niessner und Genossen beantragten Misstrauensvotum gegen den Senat wegen dessen sich von dem preußischen Antrage entfernden Votum in der kurhessischen Angelegenheit trat die Bürgerschaft vorgestern bei namentlicher Abstimmung mit 137 Stimmen gegen 9 Stimmen bei, nachdem vorher die mit dem Senat durch verwandschaftliche Bande verbundenen Mitglieder sich zum größten Theile durch Entfernung aus dem Sitzungsort der Theilnahme an der Abstimmung entzogen hatten. An dieses Misstrauensvotum knüpfte auf Dr. Niessners Antrag die Bürgerschaft den ferneren Beschluß, den Senat aufs Dringendste aufzufordern, bei den künftigen Verhandlungen über die kurhessische Frage am Bundestage der von der preußischen Regierung aufgestellten Rechtsansicht zugestimmen, und verwahrte endlich ihr vom Senat in Frage gestelltes verfassungsmäßiges Recht auf Auskunftertheilung auch in Bundesangelegenheiten.

Mecklenburg. Schwerin, 30. April. [Vorverweigerung.] Das mecklenburgische Mitglied des volkswirtschaftlichen Kongresses, Adv. Moritz Wiggers, wird der am 28. und 29. in Berlin unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Lette stattfindenden Ausschusssitzung nicht beiwohnen können, da ihm von dem groß. Mecklenburg-Schwerinschen Ministerium des Innern der für diese Reise nachgeführte Paß verweigert worden ist.

Großbritannien und Irland.

London. 29. April. [Eine Abschaffung für die „Times“.] Nicht leicht läßt sich ein eklanteres Beispiel übermuthigen und voreiligen Aburtheilens aufinden, als der Artikel der „Times“ über die Selbstmorde des österreichischen Finanzministers (Nr. 102). Der Vorfall ist grauenhaft und erschütternd und zugleich wirft er das übelste Licht auf die in Oestreich herrschenden Zustände. Wer wollte das bestreiten? Allein die „Times“ hat keine Urtache sich zu überheben. Eine strafbare Theilnahme des Ministers steht noch gar nicht fest, der Selbstmord allein beweist eine solche noch nicht, und andere beweisende Thatsachen kennt man in Wien nicht, viel weniger hier in London. Wen nicht das Gedächtnis so ganz im Stiche läßt, wie es bei der „Times“ jedesmal der Fall ist, so oft ihrem Raisonnement widerlegende Thatsachen entgegenstehen, der erinnert sich, daß in England Selbstmorde hochstehender Personen nicht zu den unerhörten Dingen gehören, und daß man an solche Ereignisse stets Verdacht und Beschuldigungen aller Art geknüpft hat. Ich erinnere nur an Lord Castlereagh, an dessen Namen auch für Deutschland, wenn es auf den traurigen Zustand seiner Bundesorganisation blickt, keine wohlthätigen Erinnerungen geknüpft sind. Und Mr. Sinclair, der sich zwar nicht entlebt, sondern ein mit Schande beladenes Leben dem Tode vorgezogen hat, war er nicht auch eine englische Respektabilität? Und Lord Palmerston? Ich lege wenig Wert auf Mr. Urquarts Gewäsch. Aber ist es denn eine so gleichgültige Sache, wenn man von dem ersten Manne Englands, in dem sich die Politik der drei Königreiche seit Jahrzehnten verkörpert sieht, offen und unzweideutig sagen kann, daß er russisches und französisches Gold der Ehre und Größe seiner Nation vorzieht? Es fehlt also auch in England nicht an Dingen, über die man zu erörtern hat, weshalb sich pharisäisch brüsten und ausrufen: Gottlob, wir sind nicht wie diese? (B. 3.)

London. 1. Mai. [Parlament; Herzog von Argyll nach China.] In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erwähnte der Unterstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, Lord Wodehouse, auf eine desfassige Anfrage Lord Clanricarde's, daß eine Konferenz in Betreff Savoyens vorgeschlagen worden, daß es aber noch nicht entschieden sei, ob dieselbe stattfinden werde. Auch über den Zeitpunkt und den Ort des Zusammentritts derselben steht noch nichts fest. — Nach der heutigen „Morning Post“ würde der Herzog von Argyll den Lord Elgin provisorisch erheben, und würde dieser nach England zurückkehren, wenn China das Ultimatum, zu welchem eine Frist von 30 Tagen gesetzt worden ist, annähme. (Sel.)

Frankreich. Paris, 29. April. [Stand der Schweizerfrage; Prinz Napoleon nach dem Orient.] Die schweizerische Angelegenheit ruht, wenigstens tritt kein Moment hervor, daß über das durch die veröffentlichten Depêches bezeichnete Stadium der Entwicklung hinausführt. Neue Vorgänge in dieser Frage sind nicht bekannt geworden, man müßte denn eine größere Hinneigung Englands, direkte Verhandlungen zwischen Frankreich und der Schweiz einzulassen, als etwas Neues oder Unerwartetes betrachten. Eingeübte Personen haben das Sträuben des Londoner Kabinetts gegen eine unmittelbare Verständigung zwischen den beiden zunächst beteiligten Staaten niemals sehr ernsthaft genommen. In Bern scheint man sich allerdings hinsichtlich der englischen Unterstützung Illusionen hingegeben zu haben, die man nun wohl aufgegeben wird. Napoleon III. spricht nicht vergebliche Worte, und man wird sich in Bern des Zurrus, mit dem er den General Dufour entlassen hat, erinnern. Man mag über das imperatorische Selbstgefühl des Kaisers denken, wie man will, aber Niemand wird Angesichts der Schwäche aller anderen Mächte es für unberechtigt erklären dürfen.

Wie die Dinge jetzt liegen, behält jenes Abschiedswort vollkommen Recht: die Freundschaft des Kaisers ist der Schweiz von größerem Nutzen, als die Aussicht auf die Unterstützung der Mächte. (Leider! D. Ned.) — Ein weit verbreitetes Gerücht läßt den Prinzen Napoleon in den nächsten Wochen nach dem Orient abreisen. (?) Man bringt damit die Ausrüstung des „Cassard“ im Hafen von Cherbourg in Verbindung. Uebrigens wird auch die Meinung geäußert, der Prinz werde auf dem „Cassard“ nach Italien reisen. (B. 3.)

— [Der Tod des Freiherrn v. Bruck; der Aufstand in Sizilien.] Die Nachricht von dem Selbstmord des Freiherrn v. Bruck kann in Deutschland selbst unmöglich größeres Aufsehen machen, als hier. Seit der Artikel der „Wien. Ztg.“ bekannt geworden ist, sind selbst die großen politischen Fragen einen Augenblick in den Hintergrund gedrängt, und der Tod des österreichischen Finanzministers bildet das eigentliche Stadtgespräch. Am schändlichsten ist aber der Eindruck unter den hiesigen Fürsten der Finanzen. Herr v. Bruck war bekanntlich der Schöpfer jenes in staatsökonomischer Beziehung so verwerflichen Verkaufssystems der Staats-eisenbahnen nebst Zubehör, welches die französische Finanzwelt mit der österreichischen in nähere Verbindung gebracht hat. Die ersten Bankiers der Stadt waren seine persönlichen Freunde und Bekannte. Das Interesse, das dieser Selbstmord erregt, erklärt sich daher von selbst. Aufsallend ist es, daß die österreichische Regierung die französische hat wissen lassen, sie wünsche nicht, daß bei dem Cynatten-Prozesse von Seiten der französischen Journale irgend Rückichten genommen werden; ihre unabänderliche Absicht sei, alle Schuldigen an den Pranger zu stellen. — Fast sämmtliche Nachrichten, die im Laufe des gestrigen Tages hier von Sizilien eingetroffen sind, stimmen darin überein, daß der Aufstand ein bedeutender war, und daß die ganze Energie der Regierung dazu gehörte, um ihm die Spitze zu bieten. Die Insurgenten hatten theils auf englische, theils auf piemontesische Hülfe gerechnet, und unter den Gefangenen klagten viele den Grafen Cavour als Befrähther an. Es steht fest, daß Frankreich dem Turiner Hof ernstliche Vorstellungen gegen jede Einmischung in die neapolitanischen Angelegenheiten hatte machen lassen. Cavour hat in Folge dessen dem in Turin weilenden revolutionären Komité seinerseits jede Veröffentlichung über die Vorgänge in Sizilien auf das Strengste untersagt. Die Mitglieder sind aber doch nach Genua abgegangen, während mehrere der Koryphäen des Komité's einstweilen in Florenz ihren Aufenthalt genommen haben. (Pr. 3.)

— [Tagesbericht.] Marshall Baraguay d'Hilliers wird in Bourges erwartet. Man glaubt, daß diese Reise sich auf Errichtung eines großen Militär-Etablissements im Chef-lieu der 19. Militär-Division bezieht. Es handelt sich darum, die Geschützgasse der Landarmee dort zu konzentrieren und die pyrotechnische Schule von Méz dahin zu verlegen. Man sagt, der Sonntag zusammengetretene Municipalrat von Bourges habe eine desfassige Mitteilung erhalten. — Das Artillerie-Komité hat bekannt gemacht, daß fünfzig in Frankreich nur eine Kanonenfabrik bestehen soll, und zwar in Bourges; drei Arsenale für die Anfertigung von Laffetten, Feldschmieden, Zugfeilen, Parkwagen, Karren &c. werden in Bourges, Lyon und La Fère sein. — Daß in Marseille ein neues Generalkommando errichtet werden solle, erklärt der „Constitutionnel“ für ganz grundlos. — Am 26. d. haben in Vincennes die Schießübungen mit der neuen gezogenen Kanone ihren Anfang genommen. — Wie der Lyoner „Progrès“ meldet, hatte Hr. v. Roche Foucauld die zwölf gezogenen Kanonen, welche er dem Papst geschenkt haben, aus französischen Arsenalen kaufen wollen, ist aber vom Kriegsminister Nandon dahin beschieden worden, daß Frankreich Kanonen weder verschenke, noch verkaufe. — Die wirksame Beteiligung des katholischen Clerus in Savoyen bei der Abstimmung soll sich nach den Berichten des Herrn Laity durch besondere Befehle erklären, welche hierüber von Rom eingelaufen seien. Der Erzbischof von Chambery wird Senator, sobald die ganze Angelegenheit definitiv abgeschlossen ist. — General Montauban ist, nach den neuen Briefen, am 12. März in Shanghai eingetroffen. — Die Neubauten, welche die Verengung des Boulevards des Capucines und die Verlegung der großen Oper auf den neuen Boulevard de Rouen zum Zwecke haben, finden bei dem Kaiser-Publikum wenig Zustimmung. Selbst Herr Delamarre macht in der „Patrie“ gegen das erste Projekt Opposition. — Herr Eugène Forcade wird nächstens Montag im „Journal des Débats“ debutieren; er wird 125 Fr. per Artikel beziehen. — Ein direktes Abkommen zwischen Frankreich und der Schweiz ist wieder wahrscheinlich geworden. — Einem Gerücht zufolge würde nach dem Tode des Fürsten Milosch Serbien mit den Donaufürstenthümern vereinigt werden. — Odonnell ist in Madrid angekommen. — Die spanische Gesandtschaft richtet eine Note an den „Constitutionnel“, worin sie gegen die Behauptung dieses Blattes protestirt, als wäre man in Spanien auf dem Punkte gewesen, wenn nicht Irland bei der Gesandtschaft einen Schritt gehabt hätte, irgend ein Individuum erscheinen zu lassen, welches man für diesen Parteichef hielt. Ebenso widerspricht die Gesandtschaft der Angabe des „Constitutionnel“, daß der Karlisten-Hof friedlich in Frankreich lebe, unter dem Schutz der großmütigen Gastfreiheit, welche diese Nation allen Proskribirten gewähre. Irland habe in Irland gewohnt, wo er sich bis zu dem Augenblicke aufgehalten, wo der Graf von Montemolin in Spanien landete. Zu dieser Zeit habe er sich in Wien mit einem modenischen Paß eingefunden, den er gegen einen österreichischen Paß ausgetauscht habe und so sei er erst vor einigen Tagen nach Frankreich gelangt. Zwei Abgesandte des Byzelkönigs von Egypten sind in Paris angekommen. Der Zweck ihrer Mission bezieht sich, wie man vermutet, auf eine Regelung der egyptischen Successionsfrage. — Bekanntlich fanden die Franzosen bei der Eroberung der Stadt Algier in der dortigen Kasbah einen Schatz von 48 Millionen Franken, der dem französischen Staatschase einverlebt wurde. Ein gewisser Herr v. B... will jetzt herausgebracht haben, daß der Deß von Algerien bei Beginn des Krieges 10 Millionen in einen Garten vergraben habe. Die nötigen Nachforschungen zum Aufinden dieser Summe sollen nun gemacht werden. Bestätigen sich die Angaben des Herrn v. B., so wird dieser den dritten Theil der Summe erhalten. — In Havre lief dieser Tage eines der schönsten und größten Schiffe aus Newyork ein, die jetzt auf dem Ozeane schwimmen, der „Ariadic“. Das Schiff ist 354 Fuß lang, 50 Fuß breit und 33 Fuß tief. Sein Speisesaal ist 75 Fuß lang und 28 Fuß breit und kann bequem 300 Personen fassen.

Paris, 30. April. [Kleine Notizen.] Dem Vernehmen nach steht die Räumung Rom's abheiten der französischen Truppen in nächster Zeit bevor. — Das „Journ. des Déb.“ fordert Reformen im liberalen Sinne. Man behauptet, die Regierung beabsichtige, bei Gelegenheit der förmlichen Einverleibung Savoyens und Nizza's liberale Maßregeln zu veröffentlichen. — Gerüchtweise verlautet, die Kaiserin Mutter von Russland werde zum Besuch nach Fontainebleau kommen.

Belgien.

Brüssel, 30. April. [Graf Merode.] Das „Siècle“ äußert, nicht ohne einen gewissen Anstrich von Spott, den Wunsch, die Dienstesliste des neuen Kriegsministers Pius' IX. kennen zu lernen. Herr Henoy de Nanteuil willfahrt in der „Union“ diesem Ansuchen durch folgende Mittheilung: „Sohn des berühmten Grafen Merode, welcher Belgien und der Kirche so große Hingabe bewies, trat Graf Xavier in die belgische Armee, wo er nach acht Jahren loyaler Dienste den Hauptmannsrang erlangte und zwar in dem Elite-Infanterie-Regiment. Dem Generalstab der französischen Expeditionstruppen in Afrika beigegeben, mache er unter Marschall Bugeaud 2 Feldzüge mit, wo sein Name in den offiziellen Rapporten genannt und ihm auf Antrag des Oberbefehlshabers der Grenzlegionen erheilt wurde. General Cavaignac lernte die Verdienste des braven Offiziers kennen, als er mit ihm in Tlemcen eingeschlossen war, und aus dieser Zeit rührten auch die Beziehungen her, welche er mit dem Helden von Oran und Constantine hatte. Im Jahre 1849 legte Graf Xavier den Degen nieder, um in den Priesterstand zu treten. 1849 studierte er zu Rom Theologie, als die schmerlich-denk würdigen Ereignisse jenes Jahres ausbrachen. Er verließ die Stadt nicht, weder während der Belagerung, noch während der Revolution, und verdoppelte seine Hingabe im Beistand der Verwundeten und Gefangenen.“

Italien.

Turin, 27. April. [Lagebnotizen.] Wie nun offiziell erklärt worden, wird Victor Emanuel den 2. Mai in Bologna eintriften (s. Tel.). Er wird bis Rimini gehen und daselbst eine Heerschau halten. Ein Brief aus Ancona meldet, Lamoricière bereite auch eine Revue für den nämlichen Tag vor. — Die Opposition einiger Senatoren gegen Einführung des Strafgesetzbuches in der Emilia gibt Anlaß zu verschiedenen Gerüchten, und man übertreibt absichtlich die Stimmung in den höheren Kreisen. Favaro bleibt bei der Unifikation der Gesetze für alle Provinzen des neuen italienischen Königreiches. — Man spricht von einer neuen Verspätung in der Räumung der Lombardei durch die Franzosen, welche verhindern dürfte, daß dieselbe, wie gewünscht war, bis Ende Mai vollzogen sei. Die Verspätung führt von der Schwierigkeit beim Übergange über den Mont Cenis her, und es sind gestern Gegenseitigkeiten hier eingetroffen. — Die Truppen der Brigade Savoien fangen an, die Waffen niedergelegen und ihre piemontesischen Nöte auszu ziehen; sie sind Franzosen geworden. Die Mehrzahl der Offiziere nimmt die französische Nationalität an. — Die jämmerlichen Abstimmungsprotokolle aus Savoien und Nizza sollen nach Turin gesandt und daselbst von einer sardinisch-französischen Kommission geprüft werden, um das Resultat der Abstimmung amtlich festzulegen. Erst wenn später die beiden Kammer den Gesetzesvertrag genehmigt haben, werden sich sardinische Kommissarien in die abgetretenen Provinzen begeben, um dieselben förmlich dem französischen Kommissarien zu übergeben. Über die Beeinflussung der Abstimmung in Savoien laufen täglich neue Details ein. — Die Brigade Savoien veröffentlicht ein Abschiedsschreiben an ihre Waffengesähften. — Der Justizminister hat ein Cirkular an die Gouverneure und Gerichtspräsidenten der Lombardei erlassen, in welchem erklärt wird, die Regierung betrachte das zwischen Desprez und dem päpstlichen Stuhle abgeschlossene Konkordat für sich nicht bindend. — In Mailand hielt am 19. April der Gemeinderath die erste öffentliche Sitzung. — In Mailänder Blättern werden Freiwillige für Sicilien an das Bureau des Journals „Vanguardia“ gewiesen, wo sie nähere Instruktionen erhalten sollen. — Der König hat aus seiner Privatschatulle 100,000 Lire für den Bau der Domfassade zu Florenz bewilligt.

Turin, 1. Mai. [Der Aufstand in Sicilien.] Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel vom 28. und aus Palermo vom 27. v. Mts. beabsichtigten die Insurgenten ein Unternehmen gegen Palermo. Eine Kolonne königlicher Truppen, welche am 21. Messina verlassen, war an demselben Tage und Lages darauf mit den Insurgenten von Galati in einen ernsten Kampf verwickelt worden. Nachdem die Stadt zerstört worden war, haben sich die Truppen auf Messina zurückgezogen. Eine Kolonne hat Palermo verlassen, um Trapani zu unterwerfen. (Tel.)

Rom, 24. April. [Die französische Dekupation; Bürgergarde; Personalien &c.] Noch vor wenigen Tagen war Alles so angeordnet, daß General Goyon mit Ablauf dieses Monats das Platzkommando an Lamoricière abtreten sollte. Nun aber ist man französischerseits ebenfalls nicht mehr eifrig zu gehn; man scheint sich wieder bestimmen zu wollen. Dessen ungeachtet ist man in amtlichen Kreisen vom nahen Aufbrechen der Dekupation überzeugt. Für den Fall eines baldigen Abmarsches sollen die bedeutenden französischen Munitionsvorräthe hier in der Engelsburg wie in Civita Vecchia den päpstlichen Depots gegen ein billiges Abkommen überlassen werden. An Pulver allein befinden sich in der Engelsburg 12,000 Fässer. Hingegen ist der diesjährige Wunsch, auch zwei hier liegende Feldbatterien zu erwerben, in Paris noch unberücksichtigt geblieben. Von den in der Armeria Apostolica gegossenen gezogenen Kanonen werden bereits zwei montiert. Die Lassetten für die übrigen sind fertig. Zu Lamoricière's Dienstwohnung ist der Palast der Konsula zur Seite der päpstlichen Residenz auf dem Quirinal bestimmt. — In Rom ist man nun nicht mehr mit der bloßen Guardia palatina zufrieden; es soll auch eine Guardia urbana, bestehend aus Beamten und Gewerkmeistern, und zwar in der Stärke von zwei Bataillonen, hinzutreten. — Es ist wahrscheinlich, daß die Prälaten Mattheucci, jetzt Generaldirektor der Polizei, Bicameral und Gouvernateure von Rom und der Finanzminister Msgr. Ferrari demnächst den Kardinalshut erhalten. — Eine Gesellschaft Franzosen stellte dem General Lamoricière 50,000 Fr. monatlich für 12 Monate zur Verfügung, welche zur Befestigung Ancona's verwendet werden sollen. (s. B.)

— Neben die Stimmung auf der Insel Sicilien entwirft ein Fremder, welcher drei Monate in Palermo verweilte,

in der „Indépendance Belge“ ein grauenhaftes Bild. Die Regierung behandelt die Insel als eine eroberte Provinz im schlimmsten Sinne des Wortes; Polizeiwillkür, Schirrereiheit und Lebremuth der königl. Truppen, die vom Hofe aus stets und in allen Fällen unterstützt und befürchtet werden, lassen die Sicilianer nicht zu Athem kommen. Die Verhaftungen nahmen immer massenhafter zu und hatten häufig einen durchaus persönlichen Charakter; die Privatrache spielte eine große Rolle. Die Palermitaner hatten ihre Freude über die Niederlage der Destreicher bei Solferino zu lebhaft gezeigt, dazu kam das Attentat auf Maniscalco, der nun seiner persönlichen Erbitterung so die Zügel schieben ließ, daß Ende März allein in Palermo 1500 politische Verdächtige in den Kerker schmachteten und jeder Tag neue Tendenzen brachte. Unter den Verhafteten befanden sich Brüder, die Monate lang in Einzelhaft gehalten wurden, weil sie Brüder hatten, die verdächtig schienen und gegen die sie Enthüllungen zu machen sich weigerten. Als nach Verhaftung seines Bruders sich der angesehene Advokat Magliocco zu Maniscalco verfügte und fragte, er wünsche zu wissen, was gegen seinen Bruder vorliege, um dessen Vertheidigung vorzubereiten, entgegnete Maniscalco: „Wer hat Ihnen denn gesagt, daß die Sache vor Gericht kommt?“ Nun, es scheint mir doch, daß nach den Gesetzen....“ „Et, die Polizei steht über dem Gesetz!“ entgegnete der Polizeidirektor. Endlich wurde es selbst dem schwachen, aber ehrlichen Bizekönig zu bunt; er elte nach Neapel, um mildernde Anordnungen durchzusetzen. Maniscalco kam ihm zuvor. Während der Bizekönig in Neapel war, führte die Polizei, die von den Plänen der Unruhigen unterrichtet war, am Morgen des 4. April den Kampf früher herbei, als die Verschworenen beabsichtigten. Auch dieser Berichterstatter bestätigt, daß die Truppen während der Kampfstage häufig Furcht verriethen, schlechte Mannschaft hielten und ihr Hauptaugenmerk aufs Plündern gerichtet war. Der Kampfruf der Insurgenta war überwiegend unionistisch: „Es lebe Italien! Es lebe die Einverleibung!“ Beim Sicilianer vom alten Schlage fand dieser Ruf keinen rechten Anklang.

Spanien.

Madrid, 28. April. [Der Friedensschluß; Prozeß der beiden Infanten; Ortega.] Die „Gaceta“ bestätigt, daß am 26. April der Friedensvertrag unterzeichnet wurde. Das dritte Corps, die baskische Division, bleibt in Tetuan; sechs Bataillone bleiben in Ceuta. Die Cholera hat in Tetuan aufgehört. Die Marokkaner müssen die Kriegsentschädigung in der zweiten Hälfte dieses Jahres bezahlen. — In dem Ministerrathe, welcher am 21. in Folge der Verhaftung der beiden karlistischen Prinzen stattfand, sollen der Staatsminister und die Minister des Innern, der Justiz und der öffentlichen Arbeiten dafür bestimmt haben, daß die Urheber der Verschwörung als Hochverrätler vor dem Senat gestellt werden. Der Kriegs- und Marineminister, General MacMahon, erklärte, damit würde man den Infanten ein zu großes Gewicht beilegen, und es sei besser, sie in Tortosa abzurichten zu lassen und sodann nach einer Festung der Marianen- oder Philippinen-Insel zu schicken. Dafür, daß die Prinzen vor den Senat gestellt werden, spricht Artikel 19 der Verfassung, nach welchem der Senat berufen ist, über die Minister auf Grund einer von der Deputirtenkammer erhobenen Anklage zu richten und in den Attentaten zu erkennen, welche gegen die Person des Souveräns oder gegen die Sicherheit des Staates gerichtet sind. Die beiden Infanten sollen in einem Kloster verhaftet werden sein, in welchem sie der Alade von Uldecona, Ganda, verborgen hatte. Derselbe ist vom General Dulce sofort abgefegt worden. — Ortega hat bis zum letzten Augenblick die Hoffnung gehabt, daß die Königin ihn begnadigen werde. Seine Frau und sein Sohn hatten sich an den Erzbischof Ciaret, den Beichtvater der Königin, gewendet, wurden aber von demselben nicht einmal vorgelassen.

Amerika.

New York, 7. April. [Stellung des Präsidenten; a. d. Kongress; verhinderte Verhaftung.] Die Botschaft des Präsidenten Buchanan hat keine gute Aufnahme gefunden; selbst seine Partei schweigt und findet keine Gründe für die feierlichen Betheuerungen seiner Integrität. Insbesondere gravirend für ihn ist, daß er einen von der Untersuchungskommission vorgeladenen Zeugen, Schell, zu bestimmen versucht haben soll, gewisse finanzielle Vorgänge, welche bei der Wahl von 1856 vorgekommen seien, zu verschweigen. — Die Frage wegen einer Intervention in Mexiko ist im Repräsentantenhouse noch nicht zur Sprache gekommen und die Regierung hat noch keine Gelegenheit gehabt, sich wegen der Kapierung der Miramontischen Schiffe auszusprechen. Inzwischen haben die Befehlshaber der vor Vera-Cruz liegenden französischen und spanischen Flottille beim Commodore Jarvis einen sehr scharfen Protest eingezogen, welchen Jarvis einfach an die Regierung zu Washington verwiesen hat, womit dieser wenig gedient sein wird. Auch jener Marinebefehlshaber der gesunkenen Dampfer hat in Neworleans Blättern feierlich gegen seine und der Seinigen Gefangenennahme protestirt. Was man mit diesen Leuten eigentlich anfangen soll, weiß man nicht. Keines Falles wird die Regierung sie als Piraten behandeln wollen, d. h. aufknüpfen; in andern Falle trifft das Unrecht erst doppelt deutlich hervor. — Ueber die unnütze Frage wegen verbotener Wiedereinführung in Utah hat das Repräsentantenhaus mehrere Tage verbracht. Das bemerkenswerthe Ergebniß war eine neue Röhre im Hause zwischen einem Republikaner und einem Demokraten, welche sich erst mit gemeinen Schimpfreden traktirten und endlich auch geprügelt haben würden, wenn nicht dazwischen getreten worden wäre. — In Concord, im Staate Massachusetts, entstand am 4ten d. Mts. große Aufregung, daß die Bundespolizei einen dortigen hochgeachteten Einwohner, Namens Sanborn, auf eine Requisition des mit Untersuchung der Brownischen Geschichte beauftragten Comité's, wie einen gemeinen Verbrecher verhaftet. Die Nachbarn verhinderten es gewaltsam, und das Obergericht des Staates entschied, daß die Verhaftnahme in ungesetzlicher Form erfolgt, also ungültig sei.

Vom Landtage.

Herrnhaus.

Berlin, 1. Mai. [28. Sitzung.] Die Tribünen sind spärlich besetzt. Am Ministerische anfangt die Herren: Frhr. v. Patow, Geh. Fin. Rath Meineke, später auf kurze Zeit Herr v. Auerswald, der Fürst Hohenzollern, Simons. Zur Tagesordnung übergehend, beschließt das Haus, auch die Debatte über §. 5 der ersten Vorlage, die Grundsteuerregulirung betreffend, auszusezen. Hierauf wird §. 6 ohne Diskussion abgelehnt. Die unveränderte

Annahme des §. 7, alines 1 und 2, wird von der Kommission empfohlen, vom Hause jedoch mit Einschluß des alin. 3 verworfen. Ein gleiches Schickl trifft den §. 8. Der Berichterstatter Herr v. Meding macht geltend, daß in Konsequenz der Verwerfung des §. 8 auch §. 9 gestrichen werden müsse, wogegen der Reg. Kommissar und der Finanzminister Einspruch erheben. Graf Ipenplig und v. Kleist-Rebow sehen die Einwendungen der Regierung als nicht stichhaltig an, auch das Abgeordnetenhaus habe mit Recht §. 9 gestrichen. Nach ihm sollen für sämtliche Gemeinden und selbständige Gutsbezirke neue Grundsteueranlagen (Grundbücher und Grundsteuervermögen) aufgenommen werden. Nur die Vertreter der Städte stehen für §. 9 ein; er wird demzufolge mit überwiegender Majorität verworfen. Ohne jede Diskussion läßt das Haus §. 10 und 11 fallen. Bei Veriefung des §. 12, nach welchem der Finanzminister mit Ausführung des Gesetzes beauftragt werden soll, bricht das Hause in helles Gelächter aus, da der Paragraph nach Ablehnung des Gesetzes keinen Sinn mehr hat. — Zur Gebäudesteuer übergehend, nimmt der Berichterstatter Herr v. Hasselbach das Wort, um in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Kommission die Ablehnung des Gesetzentwurfs Nr. 2 aufrecht zu erhalten. Herr Hering spricht sich gegen die Gebäudesteuer aus, Graf Rittberg über Einbringung eines Antrags auf andere Fassung des §. 1 für dieselbe; Herr v. Kleist-Rebow polemisiert gegen die Finanzgrundsätze des Frhr. v. Patow. Herr Beyer giebt die Mängel der Gebäudesteuer zu, sie ist aber nicht absolut verwerflich. Der Redner motiviert durch Ablehnung des Entwurfs Nr. 1 sein Votum gegen das Gesetz Nr. 2. Dazu handelt es sich nicht mehr um das höhere Ziel, das uns gestellt sei, und die Hausteuer für sich allein empfiehlt sich nach dem Vorfallen nicht mehr. Ueber das Amendum des Grafen Rittberg wird namentlich abgestimmt. Dafür stimmen 25, dagegen 128. Dafür haben u. A. gestimmt: die Prinzen Hohenlohe-Ingelheim und Oehringen, die Fürsten W. und B. Radziwill, der Herzog von Ratibor, die Grafen Röder, Rittberg, Schwerin, Dönhoff, Dohn-Lauwen, Ipenplig, Kaiserling, Königsmarck, Frhr. v. Sanden, v. Schönhof, v. Zander, Graf Arnim-Bögenburg, v. Arnim-Kröchendorf, v. Bismarck-Schönhausen. — Der §. 1 nach der Fassung des Abgeordnetenhauses wird fast einstimmig abgelehnt. Graf Rittberg zieht seine anderen Verbesserungsanträge zu diesem Gesetz zurück, und der Finanzminister erklärt, daß er auf die Vorberatung über diesen Entwurf keinen Werth lege. — Das Hause wendet sich zu Nr. III., welche die Veranlagung und Erhebung der Gebäudesteuer von den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken behandelt. — Herr v. Kleist-Rebow: Wir fühlen uns in Obhutstellung gegen den König unsern Herrn und gegen den Prinz Regenten von Preußen, aber nicht gebunden sind wir an all und jede Maßnahme des Ministeriums, somit auch nicht an diese Vorlage.

Dr. Pernice: Das uns vorliegende Gesetz ist Wegräumung eines alten, bestehenden Rechtszustandes; ich kann nach meinen Rechtsgrundlagen den Entwurf nicht gutheißen. Jura quasita sollen nur gegen volle Entschädigung aufgegeben werden. Wir sind noch nicht auf die Höhe des modernen Zeitalters angelangt; wo wohl erworbene Rechte aufgegeben werden, bedarf es des Konzessus des Bevölkerung. In den Nivellierungsprinzipien finde ich keine Glückseligkeit. Man hat nicht an das Recht, man hat an den Patriotismus appellirt und auf die Welt draußen verwiesen; aber das ist gefährlich, belästigend, ein Unglück! — Dr. Stahl: Ich habe leider den Vorredner nicht ganz gehört; ich muß mich deshalb auf Einzelnes beschränken. Es ist die Art der Vorlage, ihr Mangel an Berücksichtigung von Rechten, die auf Widerstand stößt, hätte die Regierung gesagt; die Vorrede kommt Euch zu, aber verzichtet darauf: gewiß hätte das Hause mit Begeisterung zugestimmt; so aber wird die Verzichtserklärung nur mit Bögen abgegeben werden. Nivellierung ist es freilich nicht zu befehlen, wenn man Privilegien befeiligt; ich bin wahrlich gegen die Revolution in jeder Weise aufgetreten, nur muß der Weltempo, in der wir leben, Rechnung getragen werden. Der Staat würde seine Stellung aufzugeben müssen, wollte er bei jedweder nothwendig gewordener Änderung den Konsens der Bevölkerung einholen. Das Herrenhaus ist ein legislativer Körper, und als solcher hat es sich auf die Höhe seiner Aufgabe zu stellen. Das ist kein Buhlen mit der öffentlichen Meinung, wenn man etwas aufgibt, was aufgegeben werden muß. Die Steuerimmunitäten sind nur ein Abfinden der Gegenwart mit der Vergangenheit, wogegen die Steuerausgleichung schablonartiges Vorgetragen ist. Das Herrenhaus votire einfach die Vorlage. Sie geben Dinge auf, die nicht mehr in der Gegenwart wurlzen. — Dr. Hasselbach polemisiert gegen Hrn. Pernice und weist nach, daß bei seinen Grundlagen die Rechte der Krone illusorisch werden. Schließlich erklärt sich der Redner gegen den Entwurf. — Graf v. Arnim-Bögenburg stellt ebenso wenig die Grundsätze des Hrn. Pernice; er warnt vor Konkurrenz und Konkessionen, aber wir votiren deshalb das Gesetz, weil wir's innerlich für recht halten. So stellen wir uns gegen unsere Feinde sicher. (Der Fürst von Hohenzollern, Dr. Simons sind wieder eingetreten, auch General Roon ist gegenwärtig.) — Der Finanzminister v. Patow: Dem Hrn. Dr. Stahl zur Antwort, daß ich nie gesagt habe, wir hätten unsere Finanzgrundsätze mit der Konstituante gemein; ich muß dabei bleiben, daß die Aufhebung von Exemtionen und Privilegien durch die brandenburgische Geschichte hindurchgeht so gründlich, wie nur irgend die Konstituante verfahren ist. Die Regierung hält an dem Prinzip der Aufhebung von Bevölkerung fest, wie an dem der Steuerausgleichung. Nach einer thätzlichen Bevölkerung des Hrn. Dr. Stahl wird der §. 1 des Gesetzes also lautend: „Die zur Zeit grundsteuerfreien oder in der Grundsteuer bevorzugten Güter und Grundstücke sollen nach Maßgabe der in den betreffenden Landesteilen bestehenden Steuerverfassung zu der dort landesüblichen Grundsteuer veranlagt werden; mit 98 gegen 54 Stimmen angenommen. Nachdem noch 4 eingegangene Verbesserungsanträge zu §. 2, 4, 5, 13 unterstellt worden sind, wird ein Antrag auf Vertragung angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag, den 3. d.“

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 30. April. [44. Sitzung.] Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Gemeindekommission über mehrere Petitionen, das Einquartirungsweisen betreffend. Die Kommission schlägt den Übergang zur Tagesordnung vor. Abg. Kauß zieht sein Amendum zurück, da er im Vorause die Sicherung erhalten hat, daß sein Vorschlag die Zustimmung des Hauses nicht erhalten wird; er schließt sich dem Antrage des Abg. Delius an, welcher nunmehr das Wort ergreift, um sein Amendum zu vertheidigen. Sämtliche Räte auf die Staatskasse zu übernehmen, sei sicher eine Unmöglichkeit, aber eine bessere Vertheilung sei ein Bedürfnis und leicht ausführbar. (Die weiteren Ausführungen sind im Zusammenhange auf der Journalistentrübe ganz unverständlich.) Der Redner glaubt, daß die Petitionen von der ihnen nach §. 18 des Gesetzes vom 11. Mai 1851 zufolgend Erlaubnis nur deshalb keinen Gebrauch gemacht haben, weil sie sagten, daß ihren Beschwerden doch nicht abgeholzen werden würde. — Der Minister Graf Schwerin: Es muß die Thatlache konstatirt werden, daß während aus den Städten der älteren Provinzen dringende und zahlreiche Bitten um Verleihung von Garnisonen an die Regierung gelangten, welche nur wünschen könne, noch mehr Garnisonen vergeben zu können, — auf der anderen Seite Beschwerden über Druck der Einquartirung nur in der Rheinprovinz erhoben werden. Es ist nicht meine Absicht, diese Erhebung zu erklären, sie ist verschiedenartiger Natur, liegt aber nicht darin, daß die Rheinprovinz im Verhältniß zu ihrer Wohlhabenheit mit mehr Truppen belastet ist, als andere Provinzen des Staates. Obgleich es zweifelhaft ist, ob die gemachten Vorschläge an sich das richtige Prinzip enthalten, und ob die Einquartirungslast eine Kommunallast oder Provinziallast ist; obgleich es im Gegenthil viel wahrcheinlicher ist, daß die Last erhöht werden wird, weil der Einzelne viel billiger Leute finden wird, welche Einquartirungen für ihn übernehmen, als die Commune, diese billiger wegkommen wird, als die Provinz und die Provinz billiger als der Staat; obgleich die Erfahrung lehrt, daß die Provinzen, welche in den Kriegsjahren die Lasten unmittelbar getragen haben, jetzt besser daran sind, als diejenigen, welche damals Schulden kontrahirt haben, an denen sie heut noch schwer zu tragen haben, so habe ich dennoch geglaubt, den Beschwerden nahtretten zu müssen, und es ist ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher der Provinzialvertretung zunächst vorgelegt werden soll; es wird dies aber nur ein Provinzialgesetz werden, denn die Erweiterung zu einem allgemeinen Gesetz wäre ungerechtfertigt. — Bei dieser Sachlage ist es also nicht indizirt, den Antrag des Hrn. Delius anzunehmen, und es empfiehlt sich der Übergang zur Tagesordnung. Abg. Götz begrüßt mit Freuden die so eben abgegebene Erklärung des Ministers. In Folge der Auslassungen der Abg. v. Overweg und Frhr. v. Diergardt erklärt Graf Schwerin, daß er zu einer durch nichts gerechtfertigten Oktroyirung eines solchen Gesetzes niemals seine Zustimmung geben werde; es sei zunächst Sache der Commune, die Einquartirungslast gleichmäßig zu verteilen, und dies würde in der Rheinprovinz geschehen, wenn man dieselbe, wie in den alten Provinzen als Reallast behandelte. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. Reichenberger (Geldern) spricht sich wie die Abg. Götz, Overweg und Diergardt es gehan, ebenfalls für den Antrag Delius aus; Abg. Götz verlangt eventuell die Übermeisung zur Berücksichtigung. — Abg. Reichenberger hält die Einquartirungsfrage für viel wichtiger, als viele andere Fragen, welche hier berathen werden, und sie wird an

Wichtigkeit gewinnen, wenn anstatt 40.000, 60.000 Mann ausgehoben werden. Was im Gesetz von 1851 steht, hat sich praktisch noch gar nicht bewährt und wird sich nie bewähren, und die ganze Bestimmung ist illusorisch. Graf Schwerin: Der große pommersche Gutsbesitzer, welcher keine Eisenbahn wünscht, um keine Einquartierung zu bekommen, von dem der Vorredner spricht, steht sicher vereinzelt in der Provinz Pommern da. Kommen übrigens einzelne Ungerechtigkeiten Seitens der Truppen vor, so kann ihnen auf sofort erhobene Beschwerde leicht sofort Abhilfe geschafft werden. Gegen den Antrag des Abg. v. Bardeleben, der Regierung die Petitionen als Material zu überweisen, habe ich nichts zu erinnern. — Ein Antrag auf Schluss wird angenommen. — Der Berichterstatter Frhr. v. Vincke (Hagen) konstatirt zuförderst, daß alle Reden gegen den Antrag der Kommission gesprochen haben, und alle aus den westlichen Provinzen sind. Mit Recht hat der Minister hervorgehoben, daß die Einquartierung eine Rechtslast sein soll, anstatt sie auf die Klassensteuer zu schlagen, wie dies in der Rheinprovinz geschieht. Schon im Jahre 1851 hat das Haus ohne Widerspruch erklärt, daß die Einquartungslast keine Staatslast sein soll und sein kann. Zunächst müssen die Provinzen, welche zuerst dem Einfall des Feindes ausgesetzt sind, durch die gehörige Truppenzahl gedeckt werden, und da kann dann von keiner Überfüllung die Rede sein; und glauben die Petenten, im vorigen Jahre überfüllt zu sein, so konnten sie sich der Bestimmung des §. 18 bedienen, und haben sie dies nicht gethan, so empfiehlt sich schon deshalb der Übergang zur Tagesordnung, weil der Zustand zug nicht erträglich ist. Wenn der Herr Minister immer von jüngeren und älteren Provinzen spricht, so mag ihm erwidert sein, daß Geldern und Hagen älter im Lande sind, als Pommern; ein Mangel an Patriotismus ruft die Beschwerden nicht hervor, sondern der einfache Umstand, daß in den westlichen Provinzen die Lebensmittel um 50 Prozent und mehr teurer sind, als in den östlichen Provinzen, daß in den ersten die erforderlichen Räumlichkeiten viel sel tener sind, so daß trotz der manchfachen Vorteile einer Garnison dieselbe bei und nicht zur Wohltat, sondern zur Last werden kann. Die Anträge der Petenten geben dennoch zu weit und bringen unnötigerweise die Landwehrstammabteilungen hinein. Der Antrag Delius ist unzulässig und ungewöhnlich im Hause, und was eben die Landwehrstammabteilungen betrifft, so hängt dies mit den Militärverträgen zusammen, und da hätte man es begründet finden können, wenn die Petenten verlangt hätten, diese Verträge abzulehnen, so lange die Renten des andern Faktors der Gesetzgebung gegen die Grundsteuerausgleichung andauert. Einer Änderung der bestehenden Gesetzgebung bedarf es endlich nicht, und die Kommission hat mit ihrem Vorlage, zur Tagesordnung überzugehen, ganz konsequent gehandelt. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. v. Bardeleben und v. Vincke wird zur Abstimmung geschritten, über deren Reihenfolge sich eine Debatte entspint. Die Tagesordnung wird angenommen, und hiermit sind alle Ammendements erledigt. (Die Bänke leeren sich.) — Die Stadt Bromberg beklagt sich, daß der Service, welchen nach dem Servistark vom 30. Juni 1852 in der Stadt gezahlt wird, den dortigen hohen Mietpreisen nicht entspricht. Die Kommission beantragt den Übergang zur Tagesordnung, wogegen Abg. Senff vorschlägt, die Petition der Regierung zu überweisen. Der Berichterstatter Frhr. v. Vincke gibt zu, daß die vom Abg. Senff angeführten Thatsachen richtig sind, und daß die Kommission nur einfach und wortgetreu die Auslassungen des Reg. Kommissarius wiedergegeben hat; hat der sich geirrt, so ist es Sache des Ministers, sich zu äußern, ob es richtig ist, daß in der Provinz Posen die für die Vergütung des Services normgebende Tarifklasse mit der Steuerklasse nicht korrespondiert. Der Reg. Kommissarius klärt diese Verhältnisse auf, und das Haus geht zur Tagesordnung über, ebenso wie über die Erfurter Petition, den Bau von Kaserne betreffend. — Das Haus geht zur Beratung über den Antrag v. Prittwitz, die Erhöhung der Beamtengehale betreffend, über. Die Kommission schlägt vor, den Antrag der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, während der Frhr. v. Vincke eine motivierte Tagesordnung vorschlägt, des Inhalts: „In Erwagung, daß die f. Regierung erachtet hat, daß sie die Absicht und den Willen hat, mit der Verbesserung der Gehalte weiter vorzugehen, sobald die dazu erforderlichen Mittel vorhanden sind, geht das Haus über den Antrag zur Tagesordnung über.“ — Abg. v. Rosenberg-Lipinski erklärt sich gegen den Kommissionsantrag; man hat so viel Geld für Sachen wie die japanische Expedition, und für die Beamten habe man keinen Groschen. Jedenfalls muß man das Gratifikationswesen abschaffen, das ist ein Demoralisationswesen, und der Minister, der dies abschafft, wird sich ein großes Verdienst erwerben; das dem Beamten zu gewiesenes Gehalt muß ihm sofort gezahlt werden. Im Allgemeinen handelt es sich nicht um Verbesserung, sondern um Ausgleichung der Gehalte. Zugegeben, daß zu viel Beamte im Staate seien, wird man ihre Zahl nur bei radikaler Reorganisation der ganzen Staatsmaschine um ein Bedeutendes vermindern können. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß etwas für die Beamten und bald geschehe. — Abg. v. Diergardt beklagt die Vielschreiberei. Abg. v. Vincke vertheidigt seine motivierte Tagesordnung; hat der Staat kein Geld disponibel, — das Abgeordnetenhaus kann kein Geld fabrizieren. Unter die Debatte beteiligen sich die Abg. Pape, Rohden; Letzterer meint, Herr v. Vincke eigne sich besser zum Advokaten, als zum Abgeordneten. Darauf erwidert Herr v. Vincke, daß dies ein harter Vorwurf sei, über den er sich mit Herrn Rohden persönlich auseinandersetzen wird. — Der Reg. Kommiss. erklärt sich für die motivierte Tagesordnung. — Abg. Rohden gibt eine genügende Erklärung über die von ihm gemachte Neuherierung dem Abg. Vincke gegenüber, schließt aber mit einer Bemerkung, welche Herr v. Vincke nicht genehm zu sein scheint. — Der Antragsteller v. Prittwitz führt aus, daß, da die Bedürfnisfrage allseitig anerkannt ist, es sich nur noch um das Wann und Wie handelt. Dieses Bedürfnis ist eben so groß, als das zur Reorganisation der Armee. — Abg. Diergardt konstatiert als Berichterstatter, daß die drei verschiedenen Ansichten, welche in der Kommission geherrscht, sich auch heute wieder geltend gemacht haben. Die motivierte Tagesordnung des Abg. v. Vincke wird angenommen. — Der fünfte Bericht der Justizkommission über verschiedene Petitionen giebt zu keiner Diskussion Veranlassung, und damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag. Auf der Tagesordnung: Wahlprüfung; Budgetkommission. Schleswig-Holsteinsche Angelegenheit.

PB

Lokales und Provinzielles.

B. Posen, 3. Mai. [Kriminalstatistik.] Im Geschäftsbereiche des hiesigen f. Kreisgerichts sind im Justizjahr 1859: I. neu eingeleitet worden Untersuchungen wegen Verbrechen und Vergehen 1210; darunter wegen Majestätsbeleidigung 1; wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt 25, darunter wegen Angriffs oder Widersehigkeit gegen die Obrigkeit 15; wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung 576, darunter wegen Beleidigung der Behörden und der Beamten als solche 26; wegen Vergehens der Bettelai, Landstreichens und Arbeitslosen 443, wegen Münzverbrechens 1, wegen Kleineids 5, wegen falscher Anschuldigung 5, wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit 57, wegen Zweikampfs 1, wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Leben 6, darunter wegen Mordes und Totschlags 3; wegen Körperverletzung 50, darunter als Verbrechen strafbare 10; wegen Verbrechens und Vergehens gegen die persönliche Freiheit 2, wegen Diebstahls, insofern nicht das Holzdiebstahlgesetz Anwendung findet, 368, darunter als Verbrechen strafbare 148; wegen Unterschlagung 26, wegen Raubes 4, wegen Erpressung 1, wegen Hehlerei 2, wegen Betruges 15, wegen Urkundenfälschung 4, darunter als Verbrechen strafbare 3; wegen Bankerauts 1, wegen strafbaren Eigentums 2, (Wucher ist dabei nicht vorgekommen), wegen Vermögensbeschädigung 15, wegen gemeinschaftlicher Verbrechen und Vergehen 73, darunter wegen vorsätzlicher Brandstiftung 9; wegen Verbrechen und Vergehen im Amt 6, darunter wegen Unterschlagungen 3; wegen vierten und ferneren Holzdiebstahls 12, wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Post-, Zoll- und Steuergefeze 7, wegen anderer Verbrechen und Vergehen, auf welche besondere, neben dem Strafgesetzbuche geltende Strafgesetze zur Anwendung kommen 4. II. In Untersuchung waren besangen 1304 Personen, darunter wegen Verbrechens 228, wegen Vergehens 1076, Personen männlichen Geschlechts 897, weiblichen Geschlechts 507, unter 16 Jahren 12, über 16 Jahren 1292, Christen 1220, Juden 84, Rückläufige 457. III. Nach dem letzten Erkenntnis sind a) verurtheilt

1010, b) freigesprochen 265, c) befeitigt durch Tod oder Niederschlagung der Anklage 29. IV. wegen Holzdiebstahls nach dem Gesetze vom 2. Juni 1852 sind eingeleitet worden 1774 Fälle (288 vorjährige, 1486 diesjährige). Davon sind erledigt durch richterliche Entscheidung 925, durch Niederschlagung oder Tod der Angeklagten 141. V. wegen Übertretungen, deren Aburteilung dem Einzelrichter zusteht, 1165 (279 vorjährige, 886 diesjährige). Davon sind beendet durch richterliche Entscheidung 860, durch Niederschlagung oder Tod der Angeklagten 44. VI. Strafmandate des Einzelrichters, gegen welche keine Einwendungen erhoben worden, sind erlassen 220.

R. Posen, 3. Mai. [Ergebnis.] Man heilt uns mit, daß am Montag Abends zwischen 7 und 8 Uhr hier in der Wronkerstraße sich eine Schlägerei zwischen Soldaten des 7. und 10. Inf. Regiments entzünden, und dabei leider wieder von der blanken Waffe Gebrauch, oder richtiger Missbrauch gemacht worden ist. Ein auf einem Geschäftsgange ganz ruhig die Straße passirender Civilist ward mit dem scharfen Säbel gefährlich über den Kopf gehauen, so daß er sofort niedergestürzte und nach Hause geführt werden mußte. Wie wir hören, ist auf geschehene Anzeige die Untersuchung des Vorfalls sowohl Seitens der Militär- wie der Kriminalpolizeibehörde eingeleitet. Wir enthalten uns für jetzt deshalb jeder weiteren Bemerkung über die höchst bedauerliche Thatache.

h. Birnbaum, 1. Mai. [Verschönerungsverein; Manöver und Wünsche; Feuerschaden; Erbschaft; Seltenheit.] Der Verschönerungsverein begann im vorigen Frühjahr seine Tätigkeit damit, daß ein kath. Kirche gegenüber liegender, bis dahin als Schweinemarkt benützter Platz planirt, mit Kies bepflanzt und mit Linden bepflanzt wurde. Auch erhalten die Pumpen größtentheils neue Bekleidungen und nebst den Laternenpfählen einen Anstrich von Delarbe. Jetzt ist ein freier Platz mit Kastanien und der größte Theil des Bürgersteiges in der Töpferstraße mit Kugelalazien bepflanzt worden. Die Weiterpflanzung wird im Herbst erfolgen. — Das Manöver der Posener Division wird in diesem Jahre, wie wir hören, in hiesiger Gegend vom 25. August bis 15. Sept. und zwar auf den Feldmarken Großdorff, Alt-Görsig und Görzig stattfinden. Ein Generalstabs-Offizier hat die bezeichneten Terrains in Augenschein genommen und vollkommen geeignet gefunden. Bei dieser Gelegenheit ist der Wunsch der Bürgerschaft, ein Bataillon in Garnison zu erhalten, ganz allgemein laut geworden, und er soll der hohen Militärbehörde in einer Petition vorgetragen werden; man hofft um so mehr auf Gewährung, als geeignete Gebäude für Montirungskammer, Lazarett, so wie ein Exerzierplatz, Badeanstalt ic. vorhanden sind oder doch leicht und bequem beschafft werden können. — In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag voriger Woche kam der hiesige Fuhrmann Jakob Tiez mit einer bedeutenden Ladung von Schwerin. Auch ein Ballus Zündholzer, leider nur in Papier gepackt, befand sich darunter. Auf der Strecke zwischen Görzig und Lindenstadt gerieten letztere in Brand, und das Feuer griff so rasch um sich daß der größte Theil der Ladung, darunter Kisten mit Strohblüten, Mantillen, Manteln ic. verbrannten. Selbst vom Wagen blieben nur Borreräder und Deichsel verschont. Da Tiez ein ganz armer Mann ist, so werden die Interessen den bedeutenden Schaden von ca. 1000 Thlrn. zu erleiden haben. Sehr anerkenntenswerth ist es, daß viele Familien dem L. in Folge dieses Unglücksfalles nicht unbedeutende Unterstützungen zu Theil werden lassen. — Der Seltenheit wegen berichte ich, daß dem 92 Jahre alten hier wohnenden Handelsmann Leib Lewy 2 neue Bähne wachsen.

m. Grätz, 2. Mai. [Auch ein Jubiläum.] Am Sonntage fand die Feier des 25jährigen Bestehens des hiesigen Gerichts statt. An dem durch die städtischen Behörden veranstalteten Festmahl nahmen außer den Beamten des Gerichts noch viele andere einheimische und auswärtige Gäste Theil, darunter der Landrat v. Saher aus Neutomysl und der Appellations-Gerichts-Rath Kuzner aus Posen, der einst das hiesige Gericht dirigirte. Bei dieser Gelegenheit erhielten die Kreisgerichtsräthe Scholz und v. Dresler und der Landrevisor Meissner das Ehrenbürgerrecht der Stadt, das dem verdienten Appellationsgerichts-Rath Kuzner schon bei einer früheren Gelegenheit zu Theil geworden war. Unter den Reden beim Feste, das in schönster Heiterkeit verlief, hat besonders die des hiesigen Probstes Dr. v. Prusinowski lebhaft angeprochen. Das Bestehen des Gerichts an hiesigem Orte ist für die Stadt in vieler Hinsicht von großer Bedeutung gewesen, und es wird schon seit Jahren nicht angelegentlicher gewünscht, als daß auch das Schwurgericht und das Landratsamt hierher kämen.

r. Wollstein, 1. Mai. [Unglücksfall; Diebstahl.] Am 29. v. M. führte ein 14jähriger Knabe in Silz ein Fohlen auf die Weide; dasselbe lief, schu geworden, über das Feld, zog den Knaben, der sich aus Spielerei die Peine, an der er das Fohlen führte, um den Hals geschnitten mit sich, und erwürgte ihn dadurch. Die sofort angewendeten Wiederbelebungsmittel blieben ohne Erfolg. — Denehr die überdies nur knappen Lebensmittelvorräthe der so genannten kleinen Leute ausgezehrt sind, desto mehr nehmen wieder die Diebstähle an Cerealen zu. So wurde vor 14 Tagen in Zaborow eine nicht unbedeutende Quantität Roggen und verschiedene Eßwaren, mittels gewaltsamen Einbruchs, geholt, und in der Nacht zum Sonntage erbrachen mehrere Diebe die Scheune eines hiesigen Müllermeisters und stahlen die in derselben befindlichen Kartoffeln. Die Diebe wurden indeß noch in derselben Nacht in Kielce durch den Bürgermeister aufgegriffen und hierher zur Haft befördert.

E. Erin, 2. Mai. [Präparanden ausbildung; Dampfmühle; Gerippe; Regen.] Bischof stand es jedem Lehrer frei, Schulamtspräparanden zu halten. Die Folge war, daß von so manchem dazu nicht befähigten auch unbefähigte Aspiranten angenommen wurden, oder auch wirklich befähigte nicht die erforderliche Ausbildung zu erreichen vermochten. Dies hat die Königl. Regierung zu Bromberg zu der Verfügung veranlaßt, daß in Zukunft nur solche Lehrer Präparanden halten sollen, welche wirklich die Befähigung zu deren Ausbildung besitzen. Auch müssen die Lehrer erst die Erlaubnis dazu von der Regierung haben und die Präparanden, deren Zahl sich bei jedem Lehrer nur auf drei belaufen darf, müssen erst bei dem betreffenden Superintendenten sich einer Prüfung unterziehen, ehe sie als solche angenommen werden dürfen. So wird in Zukunft die Regierung manche bisher fruchtlos aufgewandte Präparandenunterstützung sparen, und kein Unbefähigter wird Zeit und Mittel zwecklos verbrauchen. — Ohne vorher nach Wasser zu lachen, ist auf dem Dominium Zatorowo bei Samocin eine bedeutende Dampfmühle gebaut worden, und als man einen Brunnen für dieselbe herstellen wollte, vermochte man nirgends in dem unergründlichen Lehmboden Wasser aufzufinden. Jetzt soll aus dem ziemlich entfernten See eine Röhrenleitung bis zu dieser Mühle gelegt werden. — Beim Graben zu den Fundamenten des Seminars sind fürzlich zwei vollständige Menschengerippe aufgefunden worden, wiewohl dort nie ein Begräbnisplatz gewesen ist. Auch vor 11 Jahren fand man bei Legung des Chausseepflasters immitten der Stadt mehrere Gerippe, und an den Abhängen unseres Stadtbügels werden zuweilen sogar vom Regenwasser dergleichen ausgespült. Dieselben röhren wahrscheinlich von den in früherer Zeit auch hier in mehrfachen Gefechten Gefallenen her, die man meistenthin dort vercharrierte, wo sie gefallen waren. — Der neuzeitliche starke Regen hat überaus wohltätig auf die Saaten und den Graswuchs gewirkt.

p. Nakel, 1. Mai. [Adresse.] Das Bestreben einer gewissen Partei, politische Agitationen selbst in die Kreise zu tragen, die sich im Allgemeinen fern davon halten, um Parteidienstchen zu erregen, scheint ganz andere Resultate zu erzielen, als die Führer es wünschen. So hatte die Binkenstein'sche Adresse, die in Olzysko von Haus zu Haus getragen wurde, bald eine andere Adresse zur Folge, die, ganz das Gegenteil der ersten, von einem ländlichen Besitzer derselbst ausgeht und jetzt zirkulirt. Dieselbe lautet: „Hohes Haus der Abgeordneten! Mit Freuden haben wir ländlichen Besitzer Kenntnis genommen von der neuen Kreisordnung, welche der edle Graf Schwerin, unser Minister des Innern, dem Landtage vorgelegt. Durch dieses Gesetz werden auch wir kleinen Besitzer auf den Kreistagen, wo über unser Wohl und unsern Säcken beschlossen wird, in angemessener Weise gehört werden. Wir sind mit Ehrfurcht und Dankbarkeit gegen Se. R. H. den allernäächtigsten Prinz-Regenten erfüllt, daß Er diesen echt preußischen Mann, der Jedem, ohne Unterchied des Standes und der Religion, das Recht wahrt, zum Minister bestellt. Was auch falsche Freunde im Namen der ländlichen Besitzer und Bauern aussagen mögen, jeder echt preußische Landbewohner will, daß jeder Unterthan Sr. Maj. des Königs, gleichviel ob Bürgerlicher, Adliger oder Bauer, zu welcher Religion er sich auch befehlen mag, gleiche Pflichten und auch gleiche Rechte habe. Die preußischen Thaler, mit welchen die Unterthanen die Steuer zahlen, sind alle gleich, und so müssen auch alle Steuerzahler, ohne Unterchied des Standes und der Religion, gleiche Rechte genießen. Dies erklären wir, um die Annahme der neuen Kreis-

ordnung hettend, dem Landtage als die echte, altpreußische Gesinnung aller gut gesinnten Landbewohner. Wer in unserem Namen Zurückhaltungen und Beschränkungen für einzelne Stände und Befreier verlangt, der liegt.“ Es ist dies ein um so erfreulicher Zeichen von dem gesunden Sinne unserer ländlichen Bevölkerung, als alle Mittel angewandt werden, um die Leute aufzufachen. Werde ja doch sogar schon die Kanzel benutzt, um in leidenschaftlicher Erregung gegen die Abgeordneten zu porcieren, die es so weit treiben, daß sie den Juden gleiche Rechte mit den Christen einzuräumen wöllen.

Personal-Chronik. Posen, 30. April. Im Bereich der königl. Intendantur 5. Armeekorps pro 1. Quartal 1860. Berzeugungen: der Intendantur-Sekretär Paprocki zur Intendantur des Gardkorps, der Intendantur-Sekretärassistent Lagemann zum Puhlmann von der Intendantur des 1. zu der des 5. Armeekorps, der Intendantur-Registratorassistent Dürr von der Intendantur des 4. zu der des 5. Armeekorps, der Proviantmeister Riedel von Glogau nach Posen, der Proviantamtssistent Eisermann von Posen nach Pillau, der Proviantamtssistent Schwarlohe von Düsseldorf, der Proviantamtssistent Chrölich von Glogau nach Posen, der Kaserneninspektor Dittebrandt von Nakel nach Posen, der Garnisonverwaltung-Kontrolleur Standt von Breslau nach Nakel, der Ober-Lazarethinspektor Röder von Breslau nach Koblenz, der Lazarethinspektor Brandis von Wittenberg nach Glogau, zur Wahrnehmung der Ober-Lazarethinspektorstell. Posen, der Kaserneninspektor Demler zu Posen, sind auf ihren Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt, der Intendantur-Bureauaudienz-Taufer, Intendantur-Sekretärassistent Wald ist auf seinen Antrag aus dem Intendanturdiens entlassen. Anstellungen: der Appellationsgerichts-Referendarius Martin ist zum Intendanturdiens übergetreten, der Sergeant Reimann als Garnisonbadmeister in Glogau definitiv angestellt, dem Sergeanten Nebesky ist die probeweise Wahrnehmung der Stelle als Bureauaudienz der Intendantur übertragen. Ernennungen und Beförderungen: der Ausfaktor v. Polenz ist zum Intendantur-Referendarius ernannt, den Intendantur-Sekretären Pletsch und Döckhorn ist der Charakter als Rechnungsgericht, dem Intendantur-Registrator Schramm der Charakter als Kanzleirath Allerbösten Orts verliehen worden, der Garnisonverwaltung-Oberinspektor Heinrich zu Posen ist zum Garnisonverwaltung-Direktor ernannt worden.

Strombericht.

Obernicker Brücke.

Am 1. Mai. Holzflößen: 17 Triften eichene Eisenbahnschwellen, von Neustadt nach Stettin.

Angekommene Fremde.

Vom 2. Mai.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Jaffe sen. und jun. aus Berlin, Partikulier v. Block aus Königsberg, die Rittergutsb. v. Witte aus Berlin und Bandel aus Dobrzica.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Kontrolleur Brodowski aus Grätz, Gutshof. Waligorski aus Zydow, die Kaufleute Vulkanitsch aus Krakau, Kazanstein aus Friedberg und Fetschmann aus Stettin.

BAZAKI. Defan Gladzki aus Lublin, die Gutsh. v. Stablewski aus Zaleśie, Graf Cieplakowski aus Wierzenica, v. Niegolewski aus Włoszczewo und v. Komorowski aus Litauen.

SCHWARZER ADLER. Agent Winzgeräst aus Wreschen, die Kaufleute Bojanowski aus Buk und Lange aus Breslau, Gutsb. v. Brzeski aus Dorf Protoschin, die Gutspächter v. Buchowski aus Konino und Wendland aus Breslau.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Gutsb. v. Bielicki aus Gozdanic, Hauptmann im 6. Inf. Regt. v. Salisch aus Glogau und Kaufmann Philipp aus Berlin.

HOTEL DE PARIS. Gutsb. v. Suchorzewski aus Puławy, Orlonie. Inspektor Oswald aus Kosel bei Glogau und Gutspächter Serejski aus Niemiryczce.

HOTEL DE BERLIN. Lieutenant v. Bibow aus Grätz, Rentier Grambs aus Woldenberg, Ober-Inspektor Büttner aus Marienberg und Gutsb. Hoffmann aus Lucinowo.

HOTEL ZUR KRUNE. Handlungstreibender Mayer aus Berlin, die Kaufleute Balch aus Birnbaum, Gans aus Wongrowitz, Graupe aus Rogasen und Hirsch aus Breslau.

EICHBORNS HOTEL. Brunnen-Arzt Dr. Wolfner aus Marienbad, Spezialist Alexander aus Plešen, Bildhauer Bender aus Wittow, die Kaufleute Frenzel und Glaß aus Grätz.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufm. Frauen Krüger aus Schneidemühl und Berliner aus Ostrowo, die Kaufleute Wolff aus Glatzen, Salomon aus Wollstein, Schlesinger sen. und jun. aus Bleien, Lö

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.
Bei der am 31. März c. stattgehabten Verlobung der Schrimmer Kreisobligationen sind folgende Nummern gezogen:

Litt. A. zu 100 Thlr.

Nr. 103, Litt. B. zu 50 Thlr.

Nr. 162, 163, 168, 347, 358, 431, 501, 643, 707, 842,

Litt. C. zu 25 Thlr.

Nr. 90, 199, 200, 225, 305, 394, 486, 494, 536, 684, 815, 329, 840, 900, 1024, 1040, 1075, 1100, 1117, 1186, 1187, 1195, 1266, 1282, 1342, 1399, 1460, 1500, 1582, 1590, 1594, 1659, 1711, 1756, 1785.

Indem diese Kreisobligationen hiermit geändert werden, werden deren Inhaber aufgefordert, den Geldbetrag derselben mit den Zinsen bis zum 1. Oktober c. gegen Überrechnung der Obligationen in fursfähigem Zustande mit den noch nicht abgeschriebenen Zinskupons Nr. 4—10 auf der Kreiskommunalkasse hierelbst in Empfang zu nehmen.

Schrimm, den 13. April 1860.

Die ständische Kommission für die Chausseebauten im Schrimmer Kreise.

Offentliches Kreisgericht zu Posen.

Abteilung für Civilsachen.

Posen, den 13. Januar 1860.

Der katholischen Kirche zu Pogorzela, Kreis Protoschin, sind angelich in der Zeit vom 10. bis 17. Juni 1845 folgende vierprozentige Posener Pfandbriefe:

1) Nr. 6/1046 Puniz, Kreis Kröben, über 50 Thlr.;

2) Nr. 94/5505 Wilkowo, Kreis Kosten, über 50 Thlr.;

3) Nr. 21/3424 Pawlowo, Kreis Wron-

gowitz, über 50 Thlr.;

4) 18/2908 Niepart, Kreis Kröben, über 100 Thlr.;

5) Nr. 39/2168 Chełkowo und Karmin, Kreis Kosten, über 50 Thlr.;

nebst den dazu gehörigen Zinskupons entweder worden.

Die etwaigen Inhaber dieser Pfandbriefe nebst Kupons, von denen bis jetzt keiner zum Vortheile gekommen ist, werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem

am 2. August c. Vormittags 10 Uhr

vor dem Orts-Kreisrichter Dr. Szafariewics

in unserm Justizraumzimmer anberaumten

Termin zu melden, widrigstfalls die Amortisa-

tion der genannten Pfandbriefe mit Kupons er-

folgen wird.

Bekanntmachung.

In dem Konurse über das Vermögen des Gläubigers Vladimir Boguslaus v. Za-

lesewski zu Wyżki ist zur Anmeldung der

Borderungen der Konkursgläubiger noch eine

weitere Frist

sie zum 14. Mai d. J. einschließlich

abgelaufen.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch

nicht angemeldet haben, werden aufgefordert,

dieselben sie mögen bereits rechtshängig sein

oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht

bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich

oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit

vom 28. Februar d. J. bis zum Ablauf der zweien Frist angemeldeten Borderungen ist

auf den 4. Juni d. J. Vormittags 9 Uhr

vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter Noetel

im hiesigen Gerichtslokal anberaumt, und wer-

den zum Er scheinen in diesem Termin die sämmt-

lichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre For-

derungen innerhalb einer der Fristen angemeldet

haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat

eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen bei-

zufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm

Gemeinschaft seinen Wohnsitz hat, muss bei der

Anmeldung seiner Borderungen einen an hiesigen

Borderungen oder zur Praxis bei uns be-

reitigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen

und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen

die hier an Bekanntmachung fehlt, werden der

Justizrat Leiber und Rechtsanwalt v. Zi-

lebski hier selbst zu Sachwaltern vorgeschlagen.

In dem auf den 4. Juni d. J. angesetzten

Prüfungstermin sollen zugleich die Erklärungen

der Gläubiger über den Auftrag des Gemein-

schuldners auf Bewilligung einer Unterstüzung

aus der Konkursmasse entgegen genommen werden.

Posen, den 26. März 1860.

Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Zu dem Konurse über das Vermögen des

Kaufmanns H. Schlestein zu Neutomysl

ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über

einen Ablöf-Termin

auf den 23. Mai c. Nachmittags 3 Uhr

in unserm Gerichtslokal, Terminzimmer Nr. 2,

vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt

worden. Die Betheiligung wird hier vorher mit

dem Bemerkern in Kenntniß gesetzt, daß alle fest-

gestellten oder vorläufig zugelassenen Borderun-

gen der Konkursgläubiger, so weit für dieselben

weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht,

noch anderes Absonderungsrecht in

Prüfung genommen wird, zur Theilnahme an

der Beschlussfassung über den Ablöf berechtigen.

Grätz, den 20. April 1860.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konurses.

(gez.) Weiß.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen.

Posen, den 1. Mai 1860 Mittags 12 Uhr.

Über das Vermögen der Kaufmannsfrau

Emilia Morgenstern zu Posen ist der Kauf-

männische Konkurs eröffnet, und der Tag der

Zahlungseinführung auf den 1. Mai d. J.

seitgelegt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist

der Kaufmann Casimir Szymanski hier

bestellt.

Konkurs-Eröffnung.

Dem hochgeehrten hiesigen und auswärtigen

Publikum zeige ich hiermit ergeben an,

dass ich mich hierorts als Damenkleider-Ver-

fertiger etabliert habe. Ich bitte daher, mich mit

recht zahlreichen Aufträgen gütigst beehren zu

wollen, wobei ich mich jederzeit der promptesten

Ausführung und möglichsten Billigkeit befleizi-

gen werde.

A. Mochnick,

Große Ritterstrasse Nr. 10.

Im Weißwäschen und Ausbessern derselben,

so wie Schnäppen empfiehlt sich

M. Urbanska, Gr. Gerberstr. 3.

bei A. Niessing in Poin. Lissa.

Bekanntmachung.

Die Gläubiger der Gemeinschuldrerin werden

aufgefordert, in dem

auf den 12. Mai 1860 Vormittags 11

Uhr

vor dem Kommissar, Kreisrichter Müzell, im

Instruktionssimmer anberaumten Termine ihre

Erklärungen und Vorschläge über die Beibehal-

tung dieses Verwalters oder die Bestellung eines

anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von der Gemeinschuldrerin et-

was an Geld, Papieren oder anderen Sachen in

Best oder Gewahrsam haben, oder welche ihr

etwas verschuldeten, wird aufgegeben, nichts an

denselben zu verfolgen oder zu zahlen, viel-

mehr von dem Besitz der Gegenstände

bis zum 24. Mai 1860 einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse An-

zeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer

etwaigen Rechte ebendahin zur Konkursmasse

abzuleiten. Pfandinhaber und andere mit den

selben gleichberechtigte Gläubiger der Gemein-

schuldrerin haben von den in ihrem Besitz be-

findlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Indem diese Kreisobligationen hiermit ge-

ändert werden, werden deren Inhaber aufgefordert,

den Geldbetrag derselben mit den Zinsen

bis zum 1. Oktober c. gegen Überrechnung der

Obligationen in fursfähigem Zustande mit den

noch nicht abgeschriebenen Zinskupons Nr. 4—10

auf der Kreiskommunalkasse hierelbst in Em-

pfang zu nehmen.

Schrimm, den 13. April 1860.

Die ständische Kommission für die

Chausseebauten im Schrimmer Kreise.

Offentliches Kreisgericht zu Posen.

Abteilung für Civilsachen.

Posen, den 13. Januar 1860.

Der katholischen Kirche zu Pogorzela, Kreis

Protoschin, sind angelich in der Zeit vom 10.

bis 17. Juni 1845 folgende vierprozentige Posener

Pfandbriefe:

1) Nr. 6/10

